



Fehlendes Personal

**Mangelberufe
auch bei der
Gemeinde Wien**



Leitartikel

**Wiener Weg:
Stark durch
Zusammenhalt!**

FSG

teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

2/2023



Für **Sie** erreicht!

**Wiener Linien-
Jahreskarte** ✓

**2-Euro-Essens-
marken** ✓

**Verbesserungen bei
Pflegefreistellung** ✓

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

GEWERKSCHAFT + MITGLIEDER = STÄRKE

	MIT GEWERKSCHAFT	OHNE GEWERKSCHAFT
Jährliche Gehaltserhöhung (kein Gesetz)	JA	NEIN
13. und 14. Gehalt (Urlaubs- und Weihnachtsgeld), kein Gesetz	JA	NEIN
Kostenlose Beratung in allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen	JA	NEIN
Kostenloser Rechtsschutz in allen arbeitsrechtlichen Streitfällen	JA	NEIN
Kostenlose Vertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht	JA	NEIN
Jubiläumsgelder (kein Gesetz)	JA	NEIN
Geburtengeld von € 150,- pro Kind	JA	NEIN
Schulstartgeld für 1. und 5. Klasse von € 50,-	JA	NEIN
Mobiles Arbeiten - Gruppenunfallversicherung (VB und Kolleg*innen ab 1.1.2018)	JA	NEIN
Berufshaftpflichtversicherung & Berufsrechtsschutzversicherung bis € 220.000,-	JA	NEIN
Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung	JA	NEIN
Spitaltaggeld bei Freizeit- u. Berufsunfällen	JA	NEIN
Kursunterstützung einer nebenberuflichen abgeschlossenen Ausbildung	JA	NEIN
Ermäßigungen bei diversen Veranstaltungen mittels Mitgliedskarte	JA	NEIN
Preisnachlässe in diversen Geschäften SPAR & HERVIS, REWE, ...	JA	NEIN
Kostenlose Mitglieder Magazine	JA	NEIN
Streikfonds	JA	NEIN
Invaliditätsversicherung	JA	NEIN
Todesfallversicherung/Begräbniskosten	JA	NEIN
DIESE VORTEILE KANN ICH ÜBER NACHT VERLIEREN!	NEIN	JA

Wenn du diese Vorteile nutzen möchtest,
dann tritt der younion _ Die Daseinsgewerkschaft bei.



Nähere Infos unter

www.hg1.at

younion
Die Daseinsgewerkschaft
Hauptgruppe 1

HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen, Jugend & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENEDEL/MISSIER/AGC

**Karin Zauner-
Lohmeyer**

Chefredakteurin
teamwork

die Zeiten sind schwierig, trotzdem kann an dieser Stelle eine erfreuliche Botschaft übermittelt werden. Es gibt, wieder einmal, einen sozialpartnerschaftlichen Verhandlungserfolg. Die youunion – Hauptgruppe 1 und die Stadt Wien haben für die Bediensteten der Stadt wesentliche Verbesserungen beschlossen: Jahreskarte der Wiener Linien für alle, Erhöhung des Essenszuschusses auf zwei Euro pro Tag, deutliche Verbesserungen bei der Pflegefreistellung und Elternteilzeit.

Dieses Paket ist ein starkes Zeichen für den Wiener Weg einer starken Sozialpartnerschaft. Vor diesem Hintergrund haben Manfred Obermüller und

ich das teamwork-Gespräch mit Personalstadtrat Jürgen Czernohorszky geführt. Wir haben unter anderem über den aktuellen Personalmangel und die Personalsuche, über die Einführung flexibler Arbeitszeiten, die Umsetzung der Altersteilzeit und des Wissensmanagements, aber auch über den Klimaschutz gesprochen – nachzulesen auf den Seiten 6 bis 8. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig der gute, konstruktive Dialog zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmer*innenvertretung ist, um Lösungen für die Mitarbeiter*innen auf den Boden zu bringen.

Nach wie vor leben wir in einer Zeit der „Gierflation“, einer von Profiten getriebenen Teuerung. Während die Stadt Wien Maßnahmen unternimmt, um die Bevölkerung und die Bediensteten zu entlasten, gibt es eine ÖVP-Grüne-Bundesregierung, die untätig zusieht, wie immer mehr Menschen in die Armut abrutschen. Das macht Angst. Mit dem Thema Angst befasst sich Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer Wien in seinem Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“. Im Interview (Seiten 10 bis 12) erklärt er, warum wir in Österreich widerstandsfähige Untergrenzen verteidigen müssen und eine Obergrenze des Vermögens brauchen. Gerade die ÖVP sei eine Partei, die mit Angstmacherei laufend versuche, Leute klein zu halten, während einige wenige ungeniert profitieren. Das sind Rahmenbedingungen, die starke Gewerkschaften so eminent wichtig machen.

Ich wünsche eine interessante Lesezeit!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock Tel.: 01-4000 83710, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV.:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Stephanie Grgrucic, Peter Müller, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pleidl, Margit Pollak, Angelika Schleinzer, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: Druckerei Jentzsch, 1210 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Wiener Linien, Petra Spiola, Philipp Schuster

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW-Nr. 790



Die Kanzlerreise in die **Vergangenheit**

Nach langen Verhandlungen haben EU-Parlament und Mitgliedstaaten beschlossen, ab dem Jahr 2035 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/AAPF

Saubere Mobilität bedeutet Ausbau des öffentlichen Verkehrs und weniger Emissionen im Individualverkehr

versuchen, den Verbrenner mithilfe der „Wunderwaffe“ E-Fuels künstlich am Leben zu erhalten, sollte der Kanzler die realen Probleme der Menschen angehen: vom Klimaschutz und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs über die Bekämpfung der Teuerung bis hin zu Pflege- und Bildungsnotstand.

Kostet Verbrenner-Aus Arbeitsplätze?

Bei der Frage nach der Zukunft der Verbrenner geht es immer auch um die Zukunft der Beschäftigten im Automobil(zuliefer) sektor. In Horrorszenarien wird vorgerechnet, wie der Umstieg hunderttausende Arbeitsplätze kostet. Ja, durch den Umstieg auf E-Autos können kurz- und mittelfristig Jobs wegfallen; Studien zeigen aber, dass diese Transformation sogar etwas mehr Arbeitsplätze schafft als sie kostet. Betriebe müssen in Kooperation mit den Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Beschäftigten entsprechend umgeschult werden, für Beschäftigte, bei denen eine Umschulung innerhalb des Betriebs oder der Branche nicht möglich ist, müssen Aus- und Weiterbildungsprogramme zur Verfügung stehen. Wenn wir diesen grünen Transformationsprozess richtig angehen, ist er nicht nur gut für unser Klima, sondern auch für unsere Wirtschaft und die Beschäftigten. Eine Reise in die Vergangenheit, wie sie der Kanzler skizziert, wird Österreich wirtschaftlich abhängen.

thomas.kattnig@youunion.at



BILD: © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der youunion, Bereichsleiter EU und Internationales der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Ab 2035 werden in der EU nur noch emissionsfrei betriebene PKW und leichte Nutzfahrzeuge zugelassen, um die von der EU angestrebte Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. In den USA soll das Verbrennerverbot bereits ab 2026 schrittweise greifen. Nimmt uns die EU künftig wirklich unsere Benzin- und Dieselaautos weg? Kann ich mein Auto nicht einfach mit E-Fuels betanken? Und kostet uns dieses Verbrenner-Aus nicht zehntausende Arbeitsplätze? Die Schlagzeilen vermitteln, dass es ab 2035 keine Benzin- oder Dieselaautos mehr gibt. Das beschlossene Verbot gilt jedoch nur für neu zugelassene Fahrzeuge.

Wer am Verbrennerauto festhalten will oder sich einen Umstieg nicht leisten kann oder will, muss nicht besorgt sein. Steigende Rohstoff- und CO₂-Preise gepaart mit sinkenden Anschaffungskosten für E-Autos werden dazu beitragen, dass ein Umstieg nicht nur fürs Klima, sondern auch fürs eigene Börserl Sinn macht.

„Wunderwaffe“ E-Fuels?

Bundeskanzler Nehammer sieht in E-Fuels die Zukunft. Diese synthetischen Kraftstoffe sollen es seiner Meinung nach ermöglichen, die Verbrenner CO₂-neutral weiterzuerwenden. Wissenschaftler*innen und mehrere große Automobilkonzerne wie VW und Mercedes-Benz sind gegen E-Fuels bei PKW. Die Herstellung ist viel zu teuer und energieintensiv, die Effizienz mit nur 15 Prozent extrem schlecht, und die Speicherung schwierig. Statt mit aller Kraft zu

Nimmt uns die EU wirklich die Verbrenner weg?

Massive Entlastung für die Mitarbeiter*innen verhandelt

Wiener Weg: Stark durch Zusammenhalt!

Es ist leider wieder ein „Sommer wie damals“, wie vor einem Jahr. Die Inflation liegt nach wie vor in lichten Höhen und die Wirtschaft wird weiterhin von einer Preis-Profit-Spirale bestimmt, einer „Gierflation“. Gemeint sind Preiserhöhungen von Unternehmen, um zusätzliche Gewinne zu lukrieren, völlig entkoppelt von der Entwicklung der tatsächlichen Produktkosten.

Und was unternimmt diese Bundesregierung dagegen? Nichts! Sie ignoriert konsequent weiterhin alle Vorschläge der Gewerkschaften, dieser Teuerung Herr zu werden. So gibt es bis heute keinen Mietenstopp, keine angemessene Sondersteuer auf die gigantischen Übergewinne der Energiekonzerne und vor allem keine Anti-Teuerungskommission, die ungerechtfertigten Preiserhöhungen einen Riegel vorschiebt. Während immer mehr Menschen sich die Güter des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten können, sieht ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner das größte Sparpotenzial in den Geldbörsen der Arbeitnehmer*innen. Die hohen Lohnabschlüsse seien aus seiner Sicht an der Teuerung schuld. Es brauche eine Mäßigung der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen. Was für eine verkehrte Welt!

Werter Herr Finanzminister, solange diese Bundesregierung keine einzige preisdämpfende Maßnahme umsetzt, wird es keine Zurückhaltung der Gewerkschaften geben! Für uns ist klar: Die rollierende Inflation muss auch weiterhin die Basis für die Gehaltsverhandlungen sein, denn nur so wird die Kaufkraft nachhaltig gesichert. Wenn diese Regierung nicht fähig ist, das Land aus der Teuerungskrise zu führen, dann sollte sie zurücktreten!

Dagegen liefert Wien Beispiele, wie es besser gemacht werden kann. Es waren die Sozialpartner, die



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD © PHILIPP SCHUSTER/HGT

in Wien ein millionenschweres Entlastungspaket für die Mitarbeiter*innen auf den Weg gebracht haben. Es wird eine Jahreskarte für die Wiener Linien für alle Bediensteten geben. Dadurch werden die Bediensteten entlastet und außerdem wird das Erreichen der Klimaziele wirksam unterstützt. Weiters ist es gelungen, den Essenszuschuss auf zwei Euro pro Tag zu erhöhen. An der konkreten Umsetzung beider Maßnahmen wird bereits intensiv gearbeitet. Die Details werden dann im Herbst präsentiert. Auch bei der Pflegefreistellung haben wir einen Meilenstein gesetzt: Für pflegende Angehörige ist mit dem Wegfall des verpflichtend gemeinsamen Haushalts eine wesentliche Erleichterung fixiert worden. Und neu in Wien ist auch, dass es für Arbeitnehmer*innen künftig einen Rechtsanspruch auf Teilzeit bis zum achten Lebensjahr des Kindes geben wird. Näheres auf Seite 9.

In der Teuerungskrise hat sich wieder einmal gezeigt, was Wien so besonders macht: Es ist eine hervorragend funktionierende Sozialpartnerschaft, die es vor allem in Krisen ermöglicht, gemeinsam rasch zu reagieren und gute Lösungen für Mitarbeiter*innen auf den Boden zu bringen. Darum bewundern uns viele. Ja, Wien ist zweifellos anders. Wir sind stark durch Zusammenhalt!

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Wenn diese Regierung nicht fähig ist, das Land aus der Teuerungskrise zu führen, dann sollte sie zurücktreten!“

„Jetzt ist **Gemeinschaftsgarteln** angesagt!“

Warum Silodenken beim Klimaschutz keinen Platz hat und was gegen den Personalmangel im Magistrat unternommen wird, erklärt Stadtrat Jürgen Czernohorszky im teamwork-Gespräch.

Zauner-Lohmeyer: Was sind die wichtigsten Gründe, warum Menschen bei der Stadt Wien arbeiten?

Czernohorszky: Arbeiten für die Stadt ist ein Arbeiten mit Sinn. Darüber hinaus ist die Arbeitgeberin Stadt Wien schon sehr besonders, weil du vom Lehrling bis zum Magistratsdirektor bzw. zur Magistratsdirektorin Karriere machen kannst und einen unglaublichen internen Arbeitsmarkt vorfindest, und das mit einer attraktiven Bezahlung.

Obermüller: Gerade für Lehrberufe haben wir mit dem Bedienstetengesetz eine geniale Lösung geschaffen. Wir können heute sagen, dass wir Lehrlinge bis zu Expert*innen fortbilden können. Das ist einzigartig.

Die Stadt wirbt mit „Green Jobs“. Was ist damit genau gemeint?

Czernohorszky: Beim Klimaschutz geht es schlichtweg um den gesamten Umbau der Stadt! Ob das jetzt eine Erweiterung von Grünraum ist, die veränderte Mobilität, die Abfall- und Kreislaufwirtschaft oder die gesamte Energiewende: Für diesen Umbau brauchen wir tausende neue Mitarbeiter*innen.

Obermüller: Wir fordern als Gewerkschaft im Zusammenhang mit Green Jobs eine Lehrlingsoffensive. Wir müssen uns trauen, für Jobs auszubilden, die der Arbeitsmarkt nicht ausreichend hergibt, zum Beispiel Mechaniker*innen für Elektrofahrräder.

In manchen Bereichen verzweifeln die Kolleg*innen angesichts des Personalmangels. Was sagst du als Personalstadtrat dazu?

Czernohorszky: Die aktuellen Herausforderungen in der Pädagogik und im Gesundheitsbereich kann und will ich nicht wegdiskutieren. Wenn ich aber als Mitarbeiterin bzw. als Mitarbeiter das Vertrauen habe, im Sinne von: „Da wird was gemacht, um sich mit aller Kraft dem entgegenzustemmen, damit wir das in ein paar Jahren geschafft haben“, dann kann ich mich auch darauf verlassen, dass meine individuelle Belastung wieder besser wird. Last, but not least geht es deshalb um eine intensive Personalsuche.

Apropos Personalsuche: Am 23. Mai hat die Jobmesse der Stadt Wien im Rathaus stattgefunden. Was ist euer Resümee?

Czernohorszky: Die Jobmesse war ein unglaublicher Erfolg mit 12.000 Besucher*innen und rund 1.000 abgegebenen Bewerbungen. Sie hat die großartige Vielfalt der Stadt gezeigt.

Obermüller: Um ausreichend Personal zu finden, müssen wir uns aber das Thema der Arbeitszeit anschauen. In der Privatwirtschaft gehen die Firmen zum Teil auf 36-Stunden-Jobs zurück. Nur 40-Stunden-Jobs anzubieten, ist nicht mehr zeitgemäß!

Czernohorszky: Es gibt das Bedürfnis vor allem von jüngeren



BILD: © MICHAELA BRUCKENBERGER/NGT



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/INGI

Stadtrat Jürgen Czernohorszky im Gespräch mit Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer und HG1-Vorsitzendem Manfred Obermüller

Leuten, eine andere Work-Life-Balance zu haben. Unsere Antwort kann nur sein: Eine schonungslose Draufsicht und ein gemeinsames Überlegen von flexibleren Möglichkeiten. Es gibt ein sozialpartnerschaftliches Projekt, in dem wir uns unterschiedliche Arbeitszeitmodelle anschauen, welche für uns passen könnten.

Der Wissenstransfer zwischen älteren Kolleg*innen und ihren Nachfolger*innen funktioniert noch nicht flächendeckend. Warum nicht?

Czernohorszky: Wir haben mittlerweile zahlreiche Dienststellen, die vorausschauende Personalplanung richtig gut „vorhüpfen“ – im Sinne von Best Practices. Und jetzt geht es darum, dieses Wissen zu heben und dafür zu sorgen, dass es bei allen Dienststellen ankommt. Stichwort: Doppelte Besetzungen, wo es notwendig ist, und Unterstützung für das Personalmanagement in den jeweiligen Dienststellen.

Obermüller: Bei der Altersteilzeit haben wir leider das Problem, dass Dienststellen aus budgetären Gründen blockieren. Da ich ja die Pensionierungen abzeichne, frage ich manchmal bei den Kolleg*innen nach: „Warum gehst du schon? Du bist erst 60.“ Dann höre ich: „Ich kann einfach nicht mehr 40 Stunden arbeiten und Alterssteilzeit wird nicht genehmigt.“



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/INGI

Czernohorszky: Wir haben die Verantwortung dafür, dass Mitarbeiter*innen so lange wie möglich, so gesund wie möglich und so erfüllt wie möglich arbeiten können. Das braucht Antworten in allen Bereichen: von einem breiten Zugang zur Möglichkeit der Altersteilzeit angefangen über das Arbeitsmedizinische Zentrum bis hin zur Arbeit an der Gesundheit. Wir müssen für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin die Arbeitsplatzsituation so verändern, dass er oder sie möglichst lange weiterarbeiten kann.

Ein großer Wunsch vieler wäre ein Jobticket für die Mitarbeiter*innen der Stadt. Wird das Jobticket kommen?

Czernohorszky: Wir sind immer bereit, Angebote für Mitarbeiter*innen weiterzuentwickeln. Deshalb haben wir vor kurzem – nach guten sozialpartnerschaftlichen Gesprächen – weitere zukunftsweisende Schritte gestartet: So sollen in den nächsten Wochen konkrete Maßnahmen für

Thema



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HG1

Mag. Jürgen Czernohorszky
 Amtsführender Stadtrat für
 Klima, Umwelt, Demokratie
 und Personal

geboren 1977 in Eisenstadt, studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Wien.

Politisch engagierte er sich zwischen 1995 und 2000 in verschiedenen Funktionen der Studentenvertretung. Zwischen 2009 und 2011 war er in diversen Forschungsprojekten bei FAS_research tätig, danach bis 2017 Präsident des Stadtschulrats für Wien.

2017 bis 2020 war er Wiener Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal, seit November 2020 ist er amtsführender Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal.

die Einführungen eines kostenlosen Jahrestickets der Wiener Linien ausgearbeitet werden – und zwar für Mitarbeiter*innen, die im Magistrat, den Magistratischen Betrieben und im WIGEV

beschäftigt sind. Geplant ist weiters eine Erhöhung des Essenszuschusses („Essensmarkerl“) auf 2 Euro täglich. Wir arbeiten nun mit Hochdruck an den Details, um sie im Herbst in vollem Umfang zu präsentieren.

Ändert das Thema Klimaschutz die Zusammenarbeit innerhalb der Stadt?

Czernohorszky: Ja, sehr! Wir müssen uns vom Silodenken verabschieden! Alle großen Pläne der Stadt – die Smart Klima City Strategie, der Klimafahrplan – haben in Wirklichkeit die Eigenheit, dass sie gemeinsam mit den Fachdienststellen in allen Geschäftsgruppen erarbeitet wurden und nur abteilungsübergreifend funktionieren. Das ist ein Vorteil. Bildlich gesprochen: Es ist nun mit dem Pflegen des eigenen Schrebergartens vorbei. Jetzt ist Gemeinschaftsgarteln angesagt!

Klimaschutz hat das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten. Wie gehst du mit Menschen um, die den Klimawandel leugnen?

Czernohorszky: Natürlich haben wir als Arbeitgeberin die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter*innen die Bedeutung des Themas auch erkennen und professionell damit umgehen. Es ist aber gut, wenn wir als Stadt nicht mit dem moralischen Zeigefinger die Welt erklären oder mit der Vorstellung einer eigenen Überlegenheit auf jene Leute zugehen, die eine andere Meinung haben. Was die Stadt Wien in der Vergangenheit gezeigt hat: Wenn wir uns auf den Weg machen, dann krempeln alle die Ärmel auf und machen mit!

Obermüller: Ich bin immer wieder fassungslos, wenn es Leute gibt, die sagen: „Das war jetzt ein kalter Mai. Wo ist der Klimawandel?“ Das ist ein Problem, das wir haben. Wir dürfen nicht

aufhören, Überzeugungsarbeit zu leisten!

Wie begegnest du der Klimakleber-Bewegung. Teilst du die Schärfe, mit der man gegen diese Gruppen vorgeht?

Czernohorszky: Das Anliegen, dass man rascher in die Gänge kommen muss, teile ich. Ich bin mir aber auch sicher, dass die Klebeaktionen viele Leute einfach ärgern. Wenn man den Eindruck hat, man wird „papierlt“, ist es deutlich schwerer zu sagen: „Ich mache mit!“ Und deshalb bin ich ein Freund von anderen Formen. Die eigentlichen Blockierer sitzen nicht in der Stadt Wien, sondern im Nationalrat und verhindern wichtige Gesetze.

Welche Rolle hat die Sozialpartnerschaft bei der Bewältigung all dieser Zukunftsherausforderungen?

Obermüller: Eine sehr große! Unsere Stärke in Wien ist zweifellos unsere gute Gesprächskultur. Wir wägen die Argumente ab, suchen gemeinsam nach Lösungen und jede Seite bewegt sich.

Czernohorszky: Die Herausforderungen sind bei uns nicht kleiner als anderswo. Wir haben auch schon heftige Diskussionen geführt. Aber das bedingungslose, gemeinsame Arbeiten an einer Auflösung von Interessengegensätzen zum Vorteil der Mitarbeiter*innen, das ist etwas, was uns immer eint. Wenn wir in die Geschichte zurückblicken – ob das der Bau der ersten Hochquellenwasserleitung, der Donauinsel oder die Errichtung des kommunalen Wohnbaus war: Wir werden auch den Klimaschutz mit der gleichen Überzeugung, dem gleichen Pragmatismus und mit der gleichen Professionalität hinbekommen, weil Klimaschutz eine Frage der Lebensqualität für alle ist!

„Wir sind immer bereit, Angebote für Mitarbeiter*innen weiterzuentwickeln.“

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Für Sie erreicht!

Die youunion hat mit der Stadt Wien wichtige Verbesserungen für viele Kolleg*innen verhandelt – hier eine Übersicht der wichtigsten Vereinbarungen.

Seit Jahren fordert die youunion sowohl die Einführung eines Jobtickets als auch die Erhöhung des Essensbeitrags. Nun hat Bürgermeister Michael Ludwig angekündigt: Beides wird die Stadt Wien umsetzen. Die Expert*innen tüfteln bereits an steuer- oder vergaberechtlichen bzw. organisatorischen Fragen. Wir informieren, sobald mehr Details dazu feststehen.

Wissenstransfer

Um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten, sind in ausgewählten Bereichen (z. B. Wiener Gesundheitsverbund, MA 10, MA 15) nun auch Neuanstellungen mit 10 Stunden möglich! Geeignete Bewerber*innen können ohne freien Dienstposten aufgenommen werden – Dienstpostenüberhänge werden bis zu zwei Jahren genehmigt (budgetäre Bedeckung erforderlich). Das erfolgreiche JobPLUS-Ausbildungsprogramm in der Verwaltung wurde auch für Sozialpädagog*innen gestartet, für Werkmeister*innen wird eine JobPLUS-Ausbildung gerade entwickelt. Eine Ausweitung auf andere Berufsgruppen ist möglich.

Der Wiener Landtag hat in der Juni-Sitzung weiters **wichtige Verbesserungen der 2. Dienstrechtsnovelle 2023 beschlossen:**

- Wer 2023 oder 2024 in den Ruhestand versetzt wird, bekommt keine aliquote, sondern die **volle** Pensionsanpassung.
- Die Teilnahme an verpflichtenden Fortbildungsveranstaltungen



BILD: © ROBERT NUBAK/HG 1

Ludwig und Meidlinger präsentieren das Jobticket für die Bediensteten

gen ist für die Kolleg*innen kostenlos und gilt als Dienstzeit (Klarstellung)!

Die Pflegefreistellung wird ab 1.8.2023 wesentlich verbessert:

- **Bei nahen Angehörigen ist KEIN gemeinsamer Wohnsitz mehr erforderlich!**
- NEU: Die Pflegefreistellung von max. sechs Werktagen gebührt auch **Personen**, die zwar nicht als nahe Angehörige gelten, aber **im gemeinsamen Haushalt** leben.

Für Eltern und pflegende Angehörige soll ab 1.8.2023 die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden:

Der **Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung wird ausgeweitet** auf die Betreuung eines Kindes, das das **8. Lebensjahr**

noch nicht vollendet hat (bisher: Rechtsanspruch bis zum 7. Lebensjahr des Kindes). Das Dienstverhältnis muss dafür **sechs Monate** (bisher: drei Jahre) bestanden haben. Der Rechtsanspruch besteht auch über das 8. Lebensjahr hinaus für ein behindertes Kind, für das erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird (Voraussetzung in diesem Fall: gemeinsamer Haushalt).



BILD: © PETRA SPIOLAH/HG 1

Angelika Schleinzer
Vorsitzende DA 102 - Personal

Wer

- ein Kind, das das **8. Lebensjahr** noch nicht vollendet hat oder
- **einen nahen Angehörigen** oder
- eine **im gemeinsamen Haushalt lebende (andere) Person** betreut,

kann um individuelle Anpassungen der Arbeitsmuster im Gleitzeit- oder Fixdienstplan ansuchen (z. B. andere Blockzeit oder Einteilung nur zu Tagdiensten etc.).

Die Dienstgeberin **muss binnen vier Wochen** darüber **entscheiden. Die Ablehnung oder Aufschiebung muss sie begründen.** Dasselbe gilt auch, wenn diese Bediensteten um Telearbeit*, Mobile Arbeit* oder Pfl egeteilzeit ansuchen.

angelika.schleinzer@youunion.at

Langjährige Forderungen der youunion werden erfüllt!

*) gemeint sind die Ansuchen auf die Arbeitsform an sich, nicht der einzelne Tag, an dem z. B. mobil gearbeitet werden soll

Können wir uns die Reichen eigentlich leisten?

Warum es in Österreich wichtig wäre, die Freiheit der Mächtigen zu begrenzen, um die Freiheit der Vielen auszuweiten, erklärt Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer Wien und Buchautor, im teamwork-Interview.



BILD: © REMÉDÉE MESSIER/PICT

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

Karin Zauner-Lohmeyer: Was war die Motivation für Ihr Buch „Angst und Angstmacherei“?

Markus Marterbauer: Ich habe das Buch gemeinsam mit Martin Schürz verfasst. Wir sind beide Ökonomen, Martin ist auch Psychotherapeut. Wir haben beobachtet, wie sehr Angsterkrankungen in der Gesellschaft zunehmen. In dem Buch setzen wir uns mit den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen und Hintergründen dieser Entwicklung auseinander.

Was ist die These Ihres Buchs?

Unsere These ist, dass Neoliberalismus in Österreich mit Angst Politik machen. Aufgabe emanzipatorischer Politik ist es hingegen, den Menschen Ängste zu nehmen. Liberalismus bedeutet ja ursprünglich, den Leuten Furcht vor dem absoluten Herrscher zu nehmen. So ist der Liberalismus entstanden. Wir haben uns für das Buch ein theoretisches Konzept überlegt, was notwendig wäre, um den berechtigten Ängsten der Menschen zu begegnen. Aus unserer Sicht geht es um eine Klammer: Wir brauchen stärkere soziale Untergrenzen und auch eine Obergrenze beim Vermögen. Ohne diese festen Grenzen entstehen Ängste, die die Demokratie gefährden.

„Wir brauchen eine Null-Armut-Strategie.“

Was können politische Parteien mit Angst erreichen?

Dahinter stehen auch ökonomische Interessen. Eine konservative, neoliberale Wirtschaftspolitik ist eine Politik der Angstmacherei, weil sie versucht, durch Angst Leute klein zu machen, klein zu halten und in gewisse Verhaltensweisen hineinzudrängen. Und davon profitieren einige wenige.

Können Sie bitte ein paar Beispiele nennen?

Die Idee des degressiven Arbeitslosengeldes ist ein Beispiel. Wenn man etwa sagt: „Wir kürzen euch Langzeitarbeitslosen die Notstandshilfe weiter und ihr müsst den nächstbesten Job annehmen, auch wenn es ein schlechter Job ist.“ Das bedeutet: Da profitiert jemand von der billigen Arbeit. Ein zweites Beispiel: Wenn man den Leuten sagt: „Es gibt ab jetzt nur noch befristete Mietwohnungen!“ Dann macht man den Leuten Angst und sagt ihnen damit: „Ihr dürft nicht mehr auf eure Rechte als Mieter*in bestehen, weil sonst der Mietvertrag nicht verlängert wird.“ Auch davon profitiert jemand.

Welche Parteien arbeiten stark mit Angst in Österreich?

Wir sehen, dass die ÖVP laufend Vorschläge zur Kürzung der Sozialleistungen für Ärmere macht, etwa die Halbierung der Sozialleistungen für Migrant*innen, beim degressiven Arbeitslosengeld, bei der Kürzung von Sozialleistungen für Teilzeitbeschäftigte. Wir haben aber auch bei

den NEOS ähnliche Vorschläge. Da soll die Notstandshilfe nach zwei Jahren überhaupt beendet und die Leute in die Sozialhilfe abgeschoben werden.

Was sagen Sie zur Aussage von Kanzler Nehammer: „Arbeit wirkt am besten gegen Armut!“

Der Anspruch kann nicht gedankenlos sein: „Geht arbeiten!“ Es geht darum, den Langzeitarbeitslosen zunächst zu ermöglichen, am Erwerbsleben teilzunehmen. Viele müssten zuerst gesund gemacht werden, damit sie überhaupt die Chance auf einen Job haben. Und es geht um gute Arbeit. Wir haben in Österreich zu viele miese Vollzeitjobs, zwischen 500.000 und 650.000 mit Gehältern unter 2.000 brutto. Dazu zählen die Hälfte der Arbeitsplätze in der Gastronomie und Beherbergung. Die Politik



**Markus Marterbauer/
Martin Schürz**
Angst und Angstmacherei
Für eine Wirtschaftspolitik,
die Hoffnung macht.
Verlag: Zsolnay
384 Seiten, € 26,80



BILD: © MICHAELA BRÜCKENBERGER/HGT

Markus Marterbauer schlägt starke soziale Untergrenzen und eine Obergrenze des Vermögens vor

sollte sich die Frage stellen: Wie kann man dafür sorgen, dass es in Österreich nur Arbeitsplätze gibt, von denen man gut leben kann? Wenn zum Beispiel das AMS die Arbeitssuchenden nur auf offene Stellen vermittelt, von denen man auch wirklich leben kann, wäre das ein guter erster Schritt.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass manifeste Armut vollständig in Österreich verhinderbar wäre. Wie soll das gehen?

Wir brauchen eine Null-Armut-Strategie. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die sagt: „In einem Land, in dem es Milliardär*innen gibt, kann es keine manifeste Armut geben.“ Armut ist vollständig verhinderbar. Dafür braucht man zunächst mehr Geld für die unteren sozialen Netze, von Sozial-

hilfe über Notstandshilfe bis Unterhaltsvorschuss. Wir schätzen, dass das zwei bis drei Milliarden Euro kosten würde.

Doch damit allein ist es nicht getan. Wie gelingt es, die Wurzel von Armut zu bekämpfen?

Zunächst ist es die Aufgabe der Politik, sich einzelne Schicksale ganz konkret anzuschauen. Nur so sind Lösungen möglich! Warum sind in Österreich 104.000 Kinder von manifester Armut betroffen? Wie gibt es so etwas? Fakt ist: Wir brauchen viel bessere soziale Dienste, bessere Gesundheitsvorsorge, ein Bildungssystem, das den Kindern aus armen Familien hilft, ein Wohnsystem, das sichere, leistbare Wohnversorgung bietet, einen Arbeitsmarkt, der ermöglicht, dass Leute nicht – obwohl sie arbeiten – ar-

mutgefährdet sind. Das heißt, wir brauchen Mechanismen, die verhindern, dass Leute in Armut abrutschen.

Und was schlagen Sie ganz konkret vor?

Was konkret umsetzbar ist, sind die progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuern, weil sie notwendig sind, um die sozialen Untergrenzen zu finanzieren. Mit zwei bis drei Milliarden Euro wäre es möglich, 460.000 Menschen (darunter 104.000 Kindern) von manifester Armut zu befreien. Das sind 1,5 Prozent des Vermögens der 49 Milliardär*innen in Österreich. Wir versuchen mit unseren konkreten Vorschlägen im Buch immer die Untergrenzen mit den Obergrenzen zu verbinden, nicht zuletzt unter dem Finanzierungsaspekt.

Im Gespräch



BILD: © MICHAELA BRÜCKENBERGER/HGT

Markus Marterbauer

geboren 1965, studierte er Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien. Marterbauer forschte und unterrichtete von 1988 bis 1994 als Universitätsassistent zunächst am Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Zwischen 1994 und 2011 war er am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) tätig. Seit 2011 leitet er die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und ist Lehrbeauftragter an mehreren Universitäten. Er ist Vizepräsident des Fiskalrats, Experte im Budgetausschuss des Nationalrats und Mitglied des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen.

Was antworten Sie, wenn ÖVP und FPÖ sagen: „Dann ist Österreich viel zu attraktiv für Einwanderer!“

Es ist ja nicht so, dass sich heute in Indien jemand überlegt, nach Österreich ins Sozialsystem einzuwandern. So läuft das nicht. Man muss eine Zeitlang hier in Österreich leben, vermittelbar für den Arbeitsmarkt sein etc. Und auch das Argument: „Dann geht ja niemand mehr arbeiten!“ ist billig. Eine Gesellschaft kann nicht Armut akzeptieren, nur um sicherzustellen, dass die Leute arbeiten gehen.

Warum sind Ängste schädlich für die Demokratie?

Wenn die Leute Angst haben, in Armut abzurutschen, sind sie

nicht mehr bereit für ihre eigenen Interessen einzutreten und gehen weniger zur Wahl. Das heißt, wir haben dann auch keine repräsentative Demokratie mehr! Wenn die unteren Einkommensgruppen sich nicht mehr an der Demokratie beteiligen, dann richtet sich die Politik ausschließlich an den Interessen der Wohlhabenden aus.

Und Superreiche sind schlecht für die Demokratie ...

Ja, weil Milliardär*innen übergroßen Einfluss auf die Demokratie haben, weil sie die Parteien und deren Wahlkämpfe, aber auch Medien und Think Tanks finanzieren. Ein Retten der Demokratie bedeutet auch, die Untergrenzen zu stärken, die Leute ermächtigen, sich zu beteiligen und die Mächtigen einzuschränken. Es geht darum, die Freiheit der Mächtigen zu begrenzen, um

die Freiheit der Vielen auszuweiten.

Lässt sich die Forderung nach einem Maximalvermögen umsetzen?

So wie wir darüber reden müssen „Was ist zu wenig?“, brauchen wir auch eine Debatte darüber: „Was ist zu viel? Was gefährdet unsere Gesellschaft und unsere Demokratie?“ Fakt ist, dass die Milliardär*innen zu viel Einfluss haben. Wir müssen uns die Frage stellen: „Können wir uns die Superreichen eigentlich leisten?“ Wir könnten über Klima und über Demokratie diskutieren, wo die Reichen immense Schäden anrichten. In dem Sinn wäre die Antwort auf die Frage „Wäre das umsetzbar?“ ein klares „Ja“, wenn es das Ergebnis einer demokratischen Debatte ist.

„Milliardär*innen haben übergroßen Einfluss auf die Demokratie.“

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Querraunerin**Gefährliche
Heimattümelei**

Montag: Schweinsbraten. Dienstag: Wiener Schnitzerl. Mittwoch: Rindsschnitzerl. Donnerstag: Wurzelfleisch. Freitag: Eiernockerl mit Blattsalat. So könnte das perfekte Wochenmenü für ein „gefördertes Wirtshaus“ in Niederösterreich aussehen. Das Wirtshaus ist der FPÖ schon seit jeher wichtig. Dort rekrutieren sie „ihre“ Klientel. Für FPÖ-Niederösterreich-Chef Udo Landbauer ist es der Ort, der in geselliger und launiger Atmosphäre alle zusammenschweißt, wo man sich kein Blatt vor den Mund nehmen muss. Es geht um die Hoheit über die Stammtische, nicht um verantwortungsvolle Politik.



**Die ÖVP lässt zu,
dass Rechtsaußen-
Politiker*innen in
Landesregierungen
sitzen.**

Der 36-Jährige ist seit Ende März nun auch Landeshauptfrau-Stellvertreterin in Niederösterreich. Von der ÖVP dazu gemacht. Jetzt kann er endlich umsetzen, was er seit Jahren ankündigt: den 30 Millionen Euro schweren Fonds zur „Wiedergutmachung“ der Corona-Maßnahmen. Ein Teil davon ist die Wirtshausprämie. Die Idee: Förderung der heimischen Wirte. „Fast-Food-Ketten und Kebab-Stände sind von der Wirtshausprämie selbstverständlich ausgenommen. Das hat ja nichts mit Kochen zu tun!“, behauptet Landbauer.

Da bin ich aber schon sehr auf die Umsetzung gespannt! „Guten Tag, ich bin vom Amt für heimische Wirtshauskultur des Landes Niederösterreich. Das ist eine Standard-Kontrolle des Bezugs der Wirtshausprämie. Ich würde gerne Ihre Speisekarte sehen!“ „Bitte, gerne! Hier.“ „Was ist das für eine Musik, die Sie hier spielen?“ „Eros Ramazzotti.“

„Das ist nicht österreichisch genug.“ „Geht Andreas Gabalier oder DJ Ötzi?“ „Ja, das geht. Falls Sie unsicher sind, verwenden Sie einfach unsere Niederösterreich-Volksmusik-Playlists auf der Website der Landesregierung oder schreiben Sie uns ein E-Mail. Unsere Liedgutberater beraten Sie gerne.“ „Und welche Biere schenken Sie aus?“ „Gösser, Zipfer, Stiegl, Schladminger und Erdinger.“ „Wenn das heimische Angebot über 90 Prozent ausmacht, dann ist das in Ordnung.“

So ähnlich könnte ein Kontrollgespräch ablaufen. Auch wenn ich mich über diese Heimattümelei lustig mache, die politische Situation in Ös-

terreich ist im höchsten Maße besorgniserregend. Die ÖVP hat, um an der Macht zu bleiben, zugelassen, dass Rechtsaußen-Politiker*innen wie Udo Landbauer in Regierungsämter kommen. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Oskar Deutsch, bringt es auf den Punkt:¹ „Wenn man den Kampf gegen Antisemitismus ernst nimmt, koaliert man nicht mit einer Partei, deren Vertreter eine Registrierungspflicht von Juden und Jüdinnen wollten, den Hitlergruß zeigten, NS-Liederbücher bewerben, freundschaftlich mit Shoah-Leugnern verkehren und Rassismus verbreiten.“ Liebe ÖVP, Verantwortung für Österreich sieht anders aus!

Wilma

¹ Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000144703845/hitler-gruss-andiso-rechtsextrem-ist-die-niederoesterreichische-fpoe>, DerStandard.at, 21.03.23

Dekarbonisierung - zeitlicher und organisatorischer Kraftakt

Seit 2022 koordiniert Wiener Wohnen die technischen Projekte der Dekarbonisierung. Für den erfolgreichen Start der Maßnahmen 2024 braucht es dringend mehr Personal.



BILD: © PETRA SPOLJANIGI

Christian Stift-Akkilic
Vorsitzender-Stv.
DA 113 - Wohnungswesen und Liegenschaften

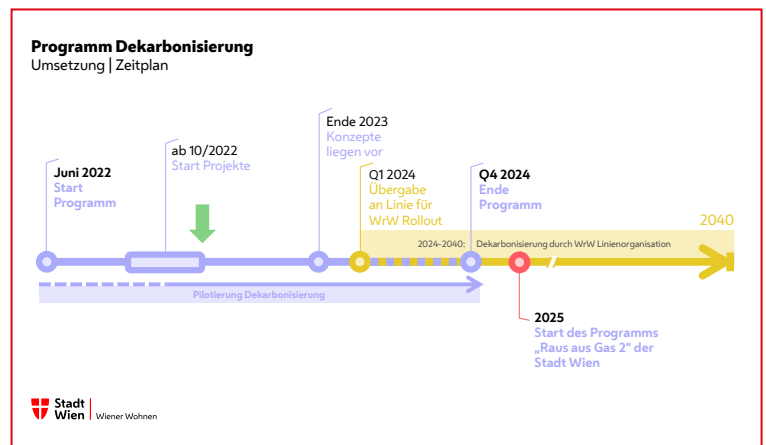
Bei rund 90.000 der insgesamt 220.000 Gemeindewohnungen in Wien erfolgt die Heizung beziehungsweise Warmwasseraufbereitung noch mittels Gas. Doch der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in allen städtischen Wohnhausanlagen hat bereits begonnen. Alle bewohnten Wohnungen und Allgemeinbereiche wie Waschküchen sollen bis 2040 gasfrei sein. Wiener Wohnen unternimmt erhebliche Anstrengungen zur umfassenden thermisch-energetischen Sanierung von Gemeindebauten, um Energiebedarf und Energieverluste zu senken. Aktuell befinden sich in ganz Wien 58 Sanierungsprojekte für rund 14.000 Gemeindewohnungen in der Bauphase.

Mega-Projekt

Weiters werden Wohnungen mit Gasversorgung auf Fernwärme umgestellt. Dafür sind etliche Umbauten in bewohnten Wohnungen nötig, wie z. B. Gasherde gegen Elektroherde tauschen, neue Elektroleitungen (Starkstrom) legen, Warmwasserboiler installieren, Stemmarbeiten für die Verlegung der Fernwärmeleitung u. v. m. Die größte Herausforderung: die Mieter*innenakzeptanz herzustellen und einen strukturierten Abarbeitungsplan für jede bewohnte Wohnung vorzulegen.

17.300 gasversorgte Wohnungen müssen überdies mit einem anderen

Personeller Mehrbedarf im operativen Bereich von über 50 Prozent.



Energieträger versorgt werden, da kein Fernwärmeanschluss möglich ist. Jede Einheit ist dabei auf individuell zur Verfügung stehende Möglichkeiten zu prüfen (z. B. Wärmepumpe inklusive Photovoltaik-Anlage am Dach, Luft-Wasser-Pumpe, Erdwärme). Von den erforderlichen Bauarbeiten wird immer auch das gesamte Wohnhaus betroffen sein, um jede Wohnung an das neue Energienetz anzuschließen. Zusätzlich müssen 1.200 gasbetriebene Waschgeräte auf Elektrobetrieb umgestellt werden.

Zusätzliches Personal nötig

Die geplanten Maßnahmen zur

nachhaltigen und dauerhaften Reduktion des Sanierungszyklus der Wohnhausanlagen sowie die im aktuellen Regierungsprogramm beschlossene Dekarbonisierung in den kommenden 18 Jahren erfordern einen personellen Mehrbedarf zwischen 17 und 21 Prozent. Auch wegen der massiven Erhöhung des jährlichen Vergabevolumens sowie der jährlich abzuwickelnden Vergabeverfahren wird Wiener Wohnen mehr Personal benötigen. Insgesamt wurde ein zusätzlicher Bedarf von 300 Dienstposten erhoben.

christian.stift-akkilic@wien.gv.at

Unter **Dekarbonisierung** versteht Wiener Wohnen die Gasfreimachung von Mietobjekten (Wohnungen, Büros, Ordinationen und Gewerbelokale). Die Gasversorgung erfolgt derzeit für Beheizung und/oder Warmwasseraufbereitung und/oder Kochgelegenheit. Die Gasfreimachung und das parallele Ziel der schrittweisen Reduktion des Heizwärmebedarfs erfordern die thermische Sanierung der betroffenen Wohnhausanlagen, soweit diese noch nicht erfolgt ist.

Ohne **Kanzleikolleg*innen** geht gar nichts

Die Kanzleien der MA 11 tragen einen enormen Teil dazu bei, dass die Dienststelle funktioniert. Die Pflegekinderzentren brauchen dringend eigene Kanzlist*innen.



Ohne versiertes Kanzleipersonal bleiben administrative Arbeiten an unzuständigen Sozialarbeiter*innen hängen

Egal ob in den Dienststellen der Sozialen Arbeit mit Familien, der Rechtsvertretung oder im Referat für Adoptiv- und Pflegekinder – die Aufgaben der Kanzleikolleg*innen sind umfangreich und vielfältig: Dazu gehören die Organisation der Post, die Abrechnung und Ausgabe von Fahrscheinen und Essensmarken, die Verantwortung für die Kassa sowie das sehr komplexe Archivieren von Dokumentation und Akten. In den Regionalstellen Soziale Arbeit zählen auch die Anmeldung und Organisation des Wiener Kinder- und Familienurlaubs dazu. In der Rechtsvertretung sind das geförderte Essensgeld, die Ansparungen der Familienbeihilfen sowie die Buchungen der Unterhaltsbeiträge Spezialaufgaben der Kanzlei. Im Referat für Adoptiv- und Pflegeeltern sind die Kanzleikolleg*innen

darüber hinaus für die Administration der Vermittlung von Pflege- und Adoptivkindern sowie der Aus- und Fortbildung von Pflegeeltern, Krisenpflegeeltern und Adoptiveltern verantwortlich und für die Verwaltung der Pflegeelterndatenbank.

Kanzleien sind Grundpfeiler

Arbeiten, ohne deren reibungsloses Funktionieren im Hintergrund keine Dienststelle auskommt. Im Rahmen der Umstrukturierung des Pflegekinderbereichs wurde die gesamte Arbeit mit Pflegekindern und ihren Familien in drei Pflegekinderzentren konzentriert. Der sehr komplexe Bereich der Pflegekinderarbeit umfasst die rechtliche Vertretung, die hoheitliche Tätigkeit der Pflegeaufsicht und die Arbeit mit den Pflege- und Herkunftsfamilien inklusive der gesamten Organisation von

Besuchskontakten. Die dazu nötige Kanzleiarbeit wird von Kanzleien dreier ausgewählter Dienststellen – zusätzlich zu den schon vorhandenen Kernaufgaben – geleistet. Diese drei Kanzleien befinden sich zum Teil nicht einmal vor Ort und können den Mehraufwand einfach nicht leisten. Die Konsequenz: Administrative Aufgaben bleiben an den Sozialarbeiter*innen hängen, die ohnehin am Limit sind und sich viel dringender ihren Kernaufgaben widmen können sollten.



Stefan Rudolph
Vorsitzende-
Stellvertreter
DA 129 - Ämter für
Jugend und Familie

Die Pflegekinderzentren brauchen dringend eigene Kanzleiposten vor Ort. Unsere diesbezügliche Forderung wird auch vom aktuellen Bericht des Stadtrechnungshofs untermauert: „Durch organisatorische Maßnahmen sollte künftig die Wahrnehmung administrativer Agenden durch Kanzleibedienstete sichergestellt werden.“ (Bericht des Stadtrechnungshofs – MA 11, Prüfung der Organisation und Aufgabenwahrnehmung im Bereich Pflegekinder.)

Ohne ausreichend besetzte Kanzleien sind Dienststellen nicht arbeitsfähig. Die MA 11 braucht dringend mehr Kanzleipersonal, um die Mitarbeiter*innen für ihre Kernaufgaben zu entlasten.

stefan.rudolph@wien.gv.at

Kanzleien tragen maßgeblich zum Funktionieren bei!

Beratung und Hilfe durch das **Wildtierservice Wien**

Bereits seit fünf Jahren kümmern sich das Einsatzteam und die Wildtierstation um verletzte, verwaiste oder in Not geratene heimische Wildtiere im Wiener Stadtgebiet.



BILD: © PETRA SPOLAJNIGI

Günter Walzer
Vorsitzender
DA 111 - Umwelt und
Planung

Vor allem im Frühling wenden sich viele Wiener*innen wegen vermeintlich hilfloser Jungwildtiere an das Wildtierservice Wien – obwohl junge Wildtiere nur ganz selten tatsächlich von den Eltern verlassen werden. Für Jungtiere ist es völlig natürlich, längere Zeit allein zu sein und auf die elterliche Pflege zu warten. Bevor man aktiv eingreift, sollte man darum unbedingt mit Expert*innen der Wildtier-Hotline die Wahrnehmung der Situation abklären und sich eine Empfehlung für die weitere Vorgangsweise holen. Ist ein Tier tatsächlich verletzt oder verwaist, ist es wichtig, das Wildtier möglichst stressfrei einzufangen und rasch zur tierärztlichen Versorgung bzw. in die Wildtierstation nach Laxenburg zu bringen.

Insgesamt 20 Mitarbeiter*innen arbeiten beim Wildtierservice Wien des Forst- und Landwirtschaftsbetriebs der Stadt Wien, allesamt ausgebildete Tierpfleger*innen, die eine dreijährige Lehrzeit absolviert haben. 2022 beantworteten sie rund 20.000 Anrufe über die Wildtier-Hotline, rund 8.200 Wildtiere wurden von ihnen abgeholt oder zur Wildtierfundbox gebracht. Am häufigsten betreuen sie Wildvögel, aber auch Säugetiere – zumeist Rehe, Dachse oder Füchse – werden von ihnen gesund gepflegt und versorgt. „Nach vollständiger Genesung werden die Wildtiere wieder in unmittelbarer Nähe des Fundorts im Wiener Stadtgebiet aus-

gewildert. Die gesund gepflegten Wildtiere wieder in die Freiheit zu entlassen, zählt zu den schönsten Momenten“, so Carina Killian, seit April 2019 als Tierpflegerin in der Wildtierstation.

Richtiges Verhalten bei Jungwildtieren:

- Hände weg, menschliche Rettungsversuche bedeuten viel Stress für die Wildtiere und bringen viele Jungtiere in Lebensgefahr! Im Zweifelsfall ist das Tier versorgt und benötigt keine menschliche Hilfe.
- Entfernen Sie sich nach der Entdeckung schnell wieder, sonst halten Sie die Eltern von der Versorgung des Jungtiers ab.
- Beobachten Sie die Tiere nur aus sehr großer Entfernung.
- Nur verletzte junge Wildtiere und Jungtiere in unmittelbarer Nähe des verunglückten Muttertiers benötigen Hilfe.
- Versorgen Sie die Tiere keinesfalls selbst! Schon falsches Futter endet für die meisten Jungtiere tödlich.
- Kleinere Wildtiere, die wirklich Hilfe benötigen, sollten Sie in eine kleine, mit Küchenrolle ausgelegte und Luftlöchern versehene Kartonschachtel setzen und sie zu fachkundigen Personen oder Anlaufstellen bringen.

guenther.annerl@wien.gv.at
guenther.walzer@wien.gv.at

Wildtierservice Wien

Wenn Sie Fragen zu Wildtieren haben oder ein verletztes oder ein in Not geratenes Wildtier melden wollen:

t: +43 1 4000-49090

e: wildtiere@ma49.wien.gv.at

Erreichbarkeit: täglich (auch am Wochenende und an Feiertagen) von 7.30 bis 22 Uhr

Außerhalb dieser Zeiten können Sie das Wildtierservice in akuten Notfällen über das Stadtservice Wien verständigen.

t: +43 1 4000

Wildtierfundbox

Für verletzte und in Not geratene Wildtiere, die dort persönlich entgegengenommen werden.

Standort: 10., Triester Straße 114

Öffnungszeiten:

Täglich - auch an Wochenenden und Feiertagen:

10 bis 10.30 Uhr / 12 bis 12.30 Uhr / 14 bis 14.30 Uhr / 16 bis 16.30 Uhr / 18 bis 18.30 Uhr

Von April bis Oktober außerdem: 20 bis 20.30 Uhr / 21.45 bis 22 Uhr

Mangelberufe - auch bei der Gemeinde Wien

Fehlendes Personal und die Liste der Mangelberufe wird länger und länger. Eine sozialpartnerschaftliche Initiative verschafft der MA 11 etwas Entlastung von der Personalnot.



Ohne Personal müssen Einrichtungen geschlossen werden und die Kinderzimmer bleiben leer

Immer mehr Techniker*innen, aber auch Ärzt*innen, Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie zahlreiche klassische Handwerksberufe wie Installateur, Zimmermann, Schlosser und viele mehr – insgesamt an die einhundert – finden sich mittlerweile auf der Mangelberufsliste. Auf einer zusätzlichen bundeslandspezifischen Mangelberufsliste für Wien finden sich auch noch zahlreiche weitere Berufe, z. B. Elementarpädagog*innen, Lehrer*innen und auch Sozialpädagog*innen.

Teilzeitstellen geschaffen

Da die laufende Erweiterung der Mangelberufsliste natürlich keine Lösung der aktuellen Situation beinhaltet, haben wir im Bereich der MA 11 Sozialpädagogik in

sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit selbst Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Damit zusätzliches Personal auch tatsächlich rasch zum Einsatz kommen kann, wurde in der MA 11 ein Programm eingeführt, das die Anstellung von Sozialpädagog*innen in Ausbildung ermöglicht – also deren Beschäftigung in der MA 11 schon vor dem Abschluss der Berufsausbildung erlaubt. Dafür wurden Teilzeitposten geschaffen, die den heillos überbelasteten Wohngemeinschaften zusätzlich zur Verfügung stehen. Im Endausbau sind für jede Wohngemeinschaft zusätzliche Teilzeitposten für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen geplant.

Auch in den Krisenzentren gibt es dringenden Handlungsbedarf. Zur Entlastung der Kolleg*innen wurde ein rascher Personalaus- bau auf neun Dienstposten vereinbart.

Neue Springer*innenposten

Ein weiteres Aufstocken auf zehn Dienstposten ist für eine durchgehende Doppelbesetzung aber unbedingt notwendig – zur Sicherheit für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für das Personal! Auch die Springer*innenposten werden in allen Regionen und dem Fachbereich aufgestockt. Zusätzlich stellt der Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds WAFF 100 geförderte Ausbildungsposten für Sozialpädagog*innen zur Verfügung.

Mit tatkräftiger Unterstützung von younion-Vorsitzendem Christian Meidlinger und HG 1-Vorsitzendem Manfred Obermüller ist uns in Verhandlungen mit der Abteilung ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen. Damit die Umsetzung dieses Pakets nun auch tatsächlich klappt und die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, wurde auch der zuständige Stadtrat Christoph Wiederkehr von Anfang an mit eingebunden.

andreas.walter@wien.gv.at

Mit fairen Verhandlungen gegen die Personalnot.



Andreas Walter
Vorsitzender DA 116 -
Sozialpädagogische
Regionen

Großer Personalbedarf, aber auch **großes Interesse**

Der Bereich Wartung & Service der MA 56 - Wiener Schulen kämpft trotz vieler Interessent*innen auch auf der JOBmesse mit erheblicher Fluktuation.



BILD: © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK/ANDREY_POPOV

Wechseldienste fördern die Mitarbeiter*innen-Fluktuation in der MA 56



BILD: © GEORG WILKE/NGT

Werner Wohlfahrt
Vorsitzender DA 124 -
Wiener Schulen -
Wartung & Service

1.150 Mitarbeiter*innen sind als Schulwart*innen oder Raumpfleger*innen im Bereich Wartung & Service der MA 56 beschäftigt, um die 480 öffentlichen Wiener Volksschulen, Neuen Mittelschulen, Sonderschulen, Polytechnischen Schulen sowie Berufsschulen zu betreuen. „Die beiden Berufsgruppen sind aufgrund der vielfältigen Aufgaben sehr beliebt“, bestätigt Werner Wohlfahrt vom Dienststellenausschuss 124. „Bei der JOBmesse Ende Mai im Rathaus gab es wieder 35 konkrete Anfragen. Aber auch während des Jahres melden sich viele Kolleg*innen aus den verschiedensten Dienststellen, die sich

verändern wollen. Im Quartal haben wir 25 bis 30 Bewerbungen.“

Die Personalknappheit und vor allem die vielen Wechseldienste führen aber dazu, dass so manche Kolleg*in nach zwei bis drei Jahren versucht, sich weiterzuentwickeln. Mit 50 bis 70 Beschäftigten mehr bräuchte es weniger Springer*innen und die Dienste wären planbarer, verweist Wohlfahrt auf den Hauptgrund für die häufigen Personalwechsel.

Spezielle Schulungen

Für beide Berufsgruppen wurden umfangreiche Einschulungen entwickelt, da mit jedem Wechsel wichtiges Wissen verlorengeht. Zwölf bis fünfzehn Einschuler

vermitteln neuen Kolleg*innen an vier Tagen alles Notwendige für ihren Aufgabenbereich als Raumpfleger*in. Für Schulwart*innen dauert die Einschulung vier Wochen. Die Schulungen finden an rund 15 ausgewählten Schulstandorten statt, dort wo alle Anforderungen gegeben sind, die später in der Praxis auf die Mitarbeiter*innen zukommen. „Man glaubt gar nicht, wie rasch sich zum Beispiel Reinigungsmittel oder Reinigungstechniken weiterentwickeln, auch schon lange im Dienst befindliche Kolleg*innen brauchen immer wieder einmal eine Auffrischung dazu“, weiß Werner Wohlfahrt.

Körperlich anstrengend

Zusätzlich zur Vermittlung von Fachwissen sind auch vier Stunden für das Thema Arbeitsmedizin reserviert. Denn Raumpfleger*innen hantieren zum Beispiel mit Putzmitteln, also Chemikalien. Beide Berufsgruppen werden auch körperlich sehr gefordert, die vielen Wechseldienste sind zusätzlich immer wieder ein Thema, das mit Arbeitspsycholog*innen besprochen werden kann.

Trotz der vielen Neuaufnahmen gehen der MA 56 immer wieder zahlreiche erfahrene Kolleg*innen wegen der vielen Springerdienste verloren. Mit mehr Personal könnte die Fluktuation rasch und effektiv eingedämmt werden.

werner.wohlfahrt@wien.gv.at

Elementarpädagog*innen dringend gesucht!

Die Personalsituation ist vor allem seit Corona und dem medialen Bashing gegen die Kindergarten- und Hortstandorte sowie deren Bedienstete alles andere als rosig.

Kindergärten sind als erste elementare Bildungseinrichtung wichtiger denn je, damit Kinder im Sinne der Chancengleichheit eine gute Basis für ihre Zukunft bekommen. Darum fordern wir seit Jahren lautstark bessere Rahmenbedingungen für die Bildungseinrichtungen. Dass viele unserer Forderungen – zum Beispiel eine geringere Kinderanzahl, ein besserer Erwachsenen-Kind-Schlüssel, einheitliche Ausbildungen und Berufsbezeichnungen, ausreichend Vor- und Nachbereitungszeiten, sowie Reflexionszeiten – nur umgesetzt werden können, wenn genügend Personal zur Verfügung steht, versteht sich von selbst.

Vorsätzlich ausgehungert

Die Bundesregierung wurde schon mehrmals von den einzelnen Fachgewerkschaften und der Arbeiterkammer aufgefordert, in die Ausbildung von Elementarpädagog*innen zu investieren. 1,5 Prozent des BIP gibt unsere Regierung für das Bundesheer aus. Die Verteidigung unseres Landes ist mit Sicherheit wichtig, doch ist sie wichtiger als die Zukunft unserer Kinder? Nicht einmal 0,7 Prozent des BIP österreich-



Berufszugang für Kindergartenassistent*innen auch ohne Matura wieder ermöglichen

weit in Bildung zu investieren, ist schäbig. In Wien haben wir die 1 Prozent des BIP bereits erfüllt und 2009 einen neuen Ausbildungsweg erfolgreich gestartet: „PICK UP“ und „Change“, zwei berufsbegleitende Kollegs in der Erwachsenenbildung.

Wien ist anders

„PICK UP“, das Modell für interessierte Kindergartenassistent*innen sowie Personen ohne Matura, wurde allerdings nach einigen Jahren eingestellt, nachdem der Bedarf ausgeschöpft war.

Nach etlichen Neuaufnahmen und aufgrund erhöhter Fluktuation wären aber sicher viele wieder für diese Aufstiegschance zu begeistern. Die Ausbildung ist zwar mit hohen Kosten verbunden: Aber wer, wenn nicht die Stadt Wien wäre prädestiniert, federführend voranzuschreiten? Das gilt selbstverständlich auch für die Berufsgruppe der Assistenzpädagog*innen.

Erfahrung nutzen

Auch eine Entwicklung von Karrierepfaden für Assistent*innen und Assistenzpädagog*innen, wie es sie bereits für die Bereiche Verwaltung bzw. Technik gibt, wäre vorstellbar, damit sich Mitarbeiter*innen anhand festgelegter Voraussetzungen (z. B. Berufserfahrungsjahre, verpflichtende pädagogische Module, ...) zur Elementarpädagog*in qualifizieren zu können. Mit einer finanziellen Abgeltung während der Ausbildung sowie einem möglichst niederschweligen Zugang bestünde die Chance, das Personalminus so abzuflachen, dass endlich die dringend notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen umgesetzt werden kann.



Julia Fichtl
Referentin für
Dienstrecht



Margit Pollak
Vorsitzender
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1

julia.fichtl@wien.gv.at
margit.pollak@wien.gv.at

PICK UP - Ausbildung zur Elementarpädagog*in in 7 Semestern

2 Semester Studienberechtigungsprüfung
2 Semester Ausbildung an der BAfEP
3 Semester berufsbegleitend BAfEP und MA 10

**Bewährte Ausbildungsmodelle, um
Personalengpass zu bekämpfen.**

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



Julia Fichtl **Pensions- anpassung: Aussetzung der Aliquotierung!**

Erst vor kurzem wurde die Pensionsanpassung für Beamt*innen in die Pensionsordnung 1995 integriert und schon ist wieder alles anders. Die Bundesregierung hat im Nationalrat nun den Beschluss gefasst (Stand Mai 2023), die Aliquotierung (die anteilige Pensionsanpassung) für die Jahre 2024 und 2025 auszusetzen. Diese Regelung galt vorerst nur für jene Bedienstete die dem ASVG unterliegen.

Was bedeutet das nun für alle Vertragsbediensteten?

In unseren Pensionsberatungen für die Vetretene der Hauptgruppe 1 weisen wir aufgrund der Pensionsanpassung, des Jubiläumstichtags und weiterer wichtiger individueller Stichtage immer auf gewisse Daten hin. Nicht jeder Monat ist ein „guter“ Monat, um in den Ruhestand oder in die Pension zu gehen.

Wer als Vertragsbedienstete*r 2023 ihre*seine Pension antritt oder schon angetreten hat, erhält ab Jänner 2024 die volle Pensionserhöhung. Der Monat des Antritts ist dabei unerheblich. Diese Regelung wurde auch für die Pensionsanpassung 2025 beschlossen, wenn jemand im Jahr 2024 in Pension geht.

Und was ist mit den Beamt*innen?

Als younion _ Die Daseinsgewerkschaft ist es uns natürlich ein Anliegen, dass auch für die Beamt*innen der Stadt Wien die gleiche Regelung gilt und die Pensionsordnung 1995 neuerlich an das Bundesgesetz angepasst wird. In bewährter Sozialpartnerschaft und nach dem Beschluss des Landtages im Juni ist das nun fix! Die Aussetzung der Aliquotierung der Jahre 2024 und 2025 wird auch für die Beamten und die Beamtinnen der Stadt Wien übernommen!

julia.fichtl@wien.gv.at



Kurt Mrzena-Merding **Gleitzeit und Mobiles Arbeiten - geht das?**

Mit der 2. Dienstrechtsnovelle 2020 wurde Mobiles Arbeiten im Dienstrecht verankert. Seither teilen uns Kolleg*innen immer wieder mit, dass die jeweilige Dienststelle bei einer Vereinbarung von Mobilem Arbeiten die Gleitzeit aussetzt und eine fixe Arbeitszeit anordnet.

Für Bedienstete, die nicht im Turnus-, Wechsel- oder Schichtdienst verwendet werden, gilt gleitende Arbeitszeit. Innerhalb eines Gleitzeitrahmens zwischen 6 und 22 Uhr können Bedienstete ihre tägliche Arbeitszeit grundsätzlich selbst bestimmen, doch darf diese zwölf Stunden nicht übersteigen, da auch auf die Bestimmungen über die täglichen Ruhezeiten im Ausmaß von zumindest elf zusammenhängenden Stunden Bedacht zu nehmen ist. Die tägliche Sollzeit beträgt in der Regel acht Stunden und ist – sofern nichts anderes bestimmt ist – in der Zeit von 7.30 und 15.30 Uhr zu erbringen. Die Servicezeiten, also die Zeit, in der jedenfalls Dienst zu versehen ist, werden von der Dienststelle festgelegt, um auch eine telefonische Erreichbarkeit zu garantieren.

Gleitzeit auch bei mobilem Arbeiten

Jede Dienststelle, die Mobiles Arbeiten mit ihren Bediensteten vereinbart, ist angehalten, eine Rahmenvereinbarung mit der örtlichen Personalvertretung abzuschließen, die Grundlage für alle Einzelvereinbarungen mit den Bediensteten ist.

Mobiles Arbeiten bedeutet, dass ich meine dienstliche Tätigkeit nicht in der Dienststelle, sondern an einem anderen Ort, den ich vereinbare, verrichte. Daher sind die Gleitzeitbestimmungen auch für den Zeitraum des Mobilens Arbeitens anzuwenden.

kurt.mrzena-merding@wien.gv.at

Unsere Regierung ist nicht familienfreundlich!

Die Bundesregierung zeigt keinerlei Ambitionen für eine familienfreundliche und frauenfreundliche Politik – die Frauenministerin sieht nichts, hört nichts und sagt nichts!

Die Debatte über Leistungskürzungen bei Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen mit der Ärztekammer oder die Diskussion über Kürzungen von Sozialleistungen für Teilzeitkräfte, wie vom Arbeitsminister vorgeschlagen: Es sind immer die Gewerkschaften, die Arbeiterkammer sowie die Sozialdemokratie, die vehement dagegen auftreten, um Frauen und Familien ein besseres Leben zu ermöglichen. Jedes fünfte Kind in Österreich ist bereits von Armut betroffen – ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt. Ist es wirklich zu viel verlangt, Arbeitnehmer*innen, die den Sozialstaat ja überwiegend finanzieren, ein Leben über der Armutsgrenze zu ermöglichen?

Hinsehen und Hinhören

Auch der erfolglose Kampf gegen die Teuerung zeigt: Man redet und redet und redet, konkrete Maßnahmen für eine echte Erleichterung gibt es nicht. Warum hört die Bundesregierung nicht auf die Vorschläge der Sozialpartner und Gewerkschaften? Denn es braucht politische Maßnahmen, damit in der Gesellschaft ein Umdenken stattfindet. Alte Rollenbilder müssen aufgebrochen werden, dazu bedarf es eines politischen Willens. Waschen, Kochen, Putzen, Bügeln und allfällige Betreuungspflichten werden Frauen nicht in die Wiege gelegt; Frau tut's, weil es sonst einfach keiner macht. Die Zeit für lange Diskussionen



Alte Rollenklischees verfestigen die Mehrfachbelastung von Frauen, mit oder ohne Partnerschaft

„Wer macht was?“ fehlt dann natürlich.

Wien macht's besser

Mit der größten Wiener Frauenbefragung 2022 „Wien wie sie will“ hat sich die Stadt Wien direkt an die Betroffenen gewandt, um die Lebenssituation von Frauen und Mädchen besser zu verstehen. Die rege Teilnahme an der Umfrage zeigt deutlich, wie groß das Interesse an fairer Gleichstellung und Gleichberechtigung ist, und wie wichtig es den Menschen ist, angehört zu werden. Dass immer mehr Männer bei der Stadt Wien in Elternkarenz gehen und sich auch für Teilzeit zur Betreuung

eines Kindes interessieren, belegt, die Stadt Wien hat mit der Gleichstellungspolitik im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die richtige Richtung eingeschlagen.

Denn Gewerkschafter*innen haben immer das große Ganze im Blick und sind es gewohnt, Entwicklungen zu analysieren und mitzugestalten. Darum wissen wir, was wichtig für langanhaltende, tragfähige Lösungen ist.

regina.mueller@wien.gv.at

Wien geht den Weg des sozialpartnerschaftlichen Miteinanders.



Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin für
Diversität

„Frühpension – krankheitshalber ...“



BILD: © SYMBOLFOTO.SHUTTERSTOCK/MOTORFOTON FILMS

ob die Person nicht doch noch in den Arbeitsprozess wieder eingegliedert werden kann. Dabei werden u. a. die Eignung der Person, die bisherige Tätigkeit, Alter und Gesundheit sowie die Entwicklungen am Arbeitsmarkt beurteilt. Für die Dauer der Überprüfung wird Übergangsgeld in Höhe der Invaliditätspension gewährt.

Für Personen, die nach dem 1. Jänner 1964 geboren wurden, gelten im Wesentlichen dieselben Maßnahmen zur Wiedereingliederung, allerdings mit der Einschränkung, dass nicht Übergangsgeld in Höhe der Invaliditätspension, sondern ein Rehabilitationsgeld der Österreichischen Gesundheitskasse bzw. ein Umschulungsgeld des AMS gewährt wird.

Rehabilitation im Fokus

Während einer Krankenbehandlung erhalten Bezieher*innen von Rehabilitationsgeld Unterstützung durch das Case Management der Krankenversicherungsträger. Individuell abgestimmte Versorgungspläne sollen die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit durch regelmäßige Begutachtungen ermöglichen. Längstens nach einem Jahr erfolgt eine erneute Überprüfung, ob die Invalidität/Berufsunfähigkeit noch weiter vorliegt. Personen, bei denen Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation zumutbar und zweckmäßig sind, erhalten Umschulungsgeld durch das AMS. Der Anspruch darauf – eine aktive Teilnahme vorausgesetzt – besteht so lange, solange einschlägige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation vom AMS gesetzt werden.

peter.mueller.pm1@wien.gv.at



BILD: © PRIVAT

Peter Müller
Vorsitzender der
Behindertenvertrauenspersonen der
HG 1

Was im trockenen Versicherungsdeutsch korrekt „Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension“ für Arbeiter und Angestellte bzw. „Erwerbsunfähigkeitspension“ für Selbständige und Bauern heißt, wird umgangssprachlich meist als „Frühpension – krankheitshalber ...“ bezeichnet. Diese Form der Pensionsleistung aufgrund von geminderter Arbeitsfähigkeit wird dann gewährt, wenn keinerlei Form der Rehabilitation

zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess mehr befähigt, sowie eine ärztliche Begutachtung die Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Erwerbsunfähigkeit über mehr als sechs Monate bestätigt. Darüber hinaus muss eine Mindestanzahl von Versicherungsmonaten erworben worden sein, um die Voraussetzungen für eine (vorzeitige) Alterspension zu erfüllen.

Unterschiedliche Finanzierung

In allen genannten Fällen ist ein Antrag zu stellen, der vorrangig als Antrag auf Leistungen zur Rehabilitation gilt. Das klingt kompliziert, ist es aber nicht. Denn für Personen, die vor dem 1. Jänner 1964 geboren wurden, gilt, dass die Möglichkeit der beruflichen Rehabilitation geprüft wird, also

Kontakt:

Büro der Behindertenvertrauenspersonen der HG 1
t: +43 1 4000-59244
m: +43 676 8118 59244
e: behinderte@hg1.wien.gv.at

Lehrlinge – Mitgestalter der eigenen Zukunft

Fühlst du dich in deiner Lehrausbildung auch manchmal machtlos, weil deine Meinung nicht ernst genommen bzw. gar nicht gehört wird? Das ist leider keine Seltenheit!

Wir Jugendvertrauenspersonen hören das immer wieder, dass viele Lehrlinge mit genau diesen Problemen zu kämpfen haben. Aber wir wissen auch: In jedem Problem steckt auch eine Möglichkeit. Wie wäre es, wenn du nicht nur deine Ausbildung gestalten könntest, sondern auch ein aktiver Mitgestalter deiner Zukunft wärst? Als Gewerkschaft haben wir die Chance, die Lehrausbildung noch moderner und innovativer zu gestalten. Einen Ort zu schaffen, an dem du nicht nur lernst, sondern auch mitgestalten kannst.

Mittendrin statt nur dabei

„Wir sind die erste Anlaufstelle für Lehrlinge, wenn sie Probleme haben. Wir wissen, wo unsere jungen Kolleg*innen immer wieder anstehen und haben einen großen Katalog an Verbesserungsvorschlägen und Forderungen erarbeitet“, sagt Kollegin Stephanie Grguric, Jugendvorsitzende der Hauptgruppe 1. „Denn die Stadt Wien hat vor kurzem den Startschuss für Veränderungen gegeben und eine Vielzahl an Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen ins Leben gerufen, in denen Lehrausbildner*innen, Abteilungsleiter*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam an einer zukunftsweisenden Ausbildung arbeiten. Dort sind wir dabei – und dort lassen wir bei jedem Arbeitsgruppentreffen unsere Vorschläge einfließen und reden mit, wenn es um die

Arbeitsbedingungen für dich während der Ausbildung geht.“

Unsere zentralen Forderungen für eine bessere Lehrlingsausbildung:

- Erleichterung des Einstiegs in die Ausbildung durch die Schaffung von Lehrlingsakademien
- Regelmäßige Standort- oder Feedbackgespräche zwischen Ausbildnern und Auszubildenden, um gemeinsam Probleme zu besprechen und Lösungen zu finden
- Freistellung der Ausbilder und Praxisanleiter von anderen Aufgaben, um sich voll auf die Lehrlingsausbildung konzentrieren zu können
- Zahlung des vollen Facharbeiterlohns nach Abschluss der Ausbildung und Bereitstellung von Diensthandys sowie Laptops/Tablets, wenn dies für den Dienst notwendig ist

sarah.popernitsch@wien.gv.at



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/INDUSTRYVIEWS

Du hast ein Problem und willst einmal mit uns drüber reden? Oder willst du vielleicht auch mitgestalten und mit uns mitarbeiten?

Das HG 1-Jugendbüro erreichst du täglich zwischen 8 und 16 Uhr:

t: +43 1 31316-83677

e: jugend@younion.at

www.young-younion.at

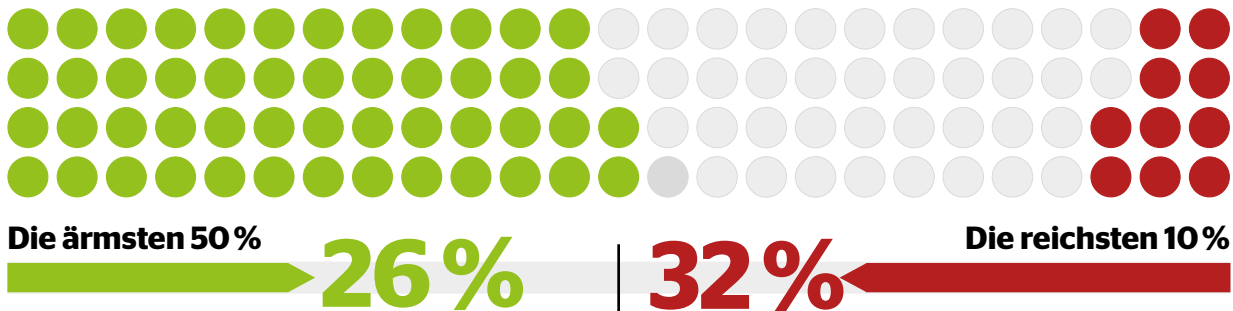
Instagram: [young.younion](#)

Facebook: [youngyounion](#)

Reiche als Klimakiller

Anteil an Österreichischen Emissionen

Die reichsten zehn Prozent aller Österreicher*innen verursachen mehr Treibhausgas-Emissionen als die Hälfte der Bevölkerung zusammen.



Der Energieverbrauch steigt mit dem Einkommen.

Reiche wohnen in großen Häusern, fahren größere und schwerere Autos, fliegen im Jahr wesentlich häufiger mit dem Flugzeug und haben beheizte Indoor-Pools.

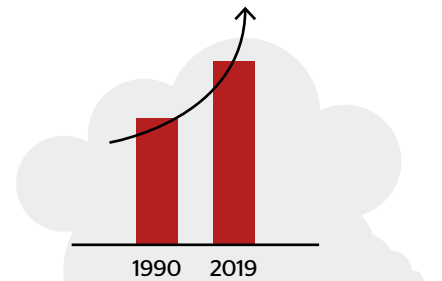
Wer viel hat, konsumiert schlichtweg mehr.

Der Gasverbrauch des reichsten Einkommensfünftels ist um 80% größer als jener des ärmsten Einkommensfünftels.

150

Tonnen CO₂ pro Person

verursacht das reichste Prozent der Österreicher*innen pro Jahr, das ist über 40-mal mehr als die einkommensärmsten zehn Prozent im Schnitt pro Jahr.



Von 1990 bis 2019 haben die reichsten Österreicher*innen ihre Treibhausemissionen um 45% gesteigert.

Um 20% könnten die Gesamtemissionen in Österreich reduziert werden, wenn die reichere Hälfte der Bevölkerung ihren Energieverbrauch auf den Durchschnitt der Österreicher*innen - 13 Tonnen pro Jahr - begrenzen würde.

13

Tonnen CO₂ pro Person

verursacht der durchschnittliche Österreicher/die durchschnittliche Österreicherin pro Jahr.



7% an Gasverbrauch in Österreich können eingespart werden, wenn das reichste Fünftel seinen Gasverbrauch auf den der Mittelschicht zurückfährt.

Quelle: World Inequality Database von 1990 bis 2019. Die Emissionen sind konsumbasiert und beinhalten direkte und indirekte Emissionen (z.B. für die Herstellung aller im Inland konsumierten Güter). „Arm“ und „Reich“ bezieht sich auf das Einkommen. Berechnungen: Momentum Institut

Echt gut!



„Wir holen uns die Selbstverwaltung, die Sozialversicherung zurück.“

Rainer Wimmer, ehemaliger FSG-Vorsitzender auf dem ÖGB-Kongress, 20. Juni 2023 ✓✓

„1,5% von 100 Prozent des Steueraufkommens kommt von den Reichen und den Vermögenden. Das ist für ein Land wie Österreich eine Schande. Da sind wir ja wirklich Nackerpatzln.“

Josef Muchitsch, FSG-Vorsitzender, krone.tv, 20. Juni 2023 ✓✓

„Die letzte Arbeitszeitverkürzung ist jetzt bald 50 Jahre her und die Produktivität ist seitdem um 100 Prozent gestiegen. Jetzt muss mir einer erklären, warum das nicht gehen kann.“

Wolfgang Katzian, ZIB 2, 22. Juni 2023 ✓✓

„Ich will Vermögen besteuern, sodass es wirksam ist. Damit wir andere Forderungen wie Maßnahmen gegen Kinderarmut bezahlen können.“

Andreas Babler, SPÖ-Bundesvorsitzender, Der Standard, 9. Juni 2023 ✓✓

Echt böse!



„Österreichs Inflation ist heuer leicht über dem europäischen Schnitt, die Gründe dafür sind auf jeden Fall die hohen Lohnabschlüsse.“

Magnus Brunner, Finanzminister, im ORF-Magazin „Report“, 26. Juni 2023 ✓✓



Post aus Brüssel

Eurovision oder europäische Vision?

Der Eurovision Song Contest begeistert Millionen von Menschen, bis tief in die Nacht wird – weit über die Grenzen Europas hinaus – in Wohnzimmern, Bars und auf Plätzen geschaut und mitgestimmt. Natürlich wird diskutiert, wer das schönste Lied, das schrulligste Kostüm oder die tollste Tanzperformance hat. So intensiv und kompakt wie beim „ESC“ schauen wir nie in andere Länder. An zwei, drei Abenden im Jahr gibt es für hartgesottene Fans eine transnationale Umschau, wie sie sonst nie geboten wird. Interessant ist, dass es beim Wählen nicht um das eigene Team geht, sondern darum, aus allen anderen Ländern eine Nummer Eins auszuwählen.

Ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni 2024 wird es Zeit für Visionen. Wohin und wie soll Europa, die EU sich entwickeln? Wollen wir eine aktive Friedensunion, bei der Österreich als neutrales Land helfen kann? Wollen wir ein gemeinsames Europa, das Frauenrechte absichert, als Teil der Rechtsstaatlichkeit? Wollen wir einen Umbau der Wirtschaft, um die Zukunft des Planeten zu sichern? Wollen wir mehr Gerechtigkeit, indem die ein bis zwei Prozent der Allerreichsten und die großen internationalen Konzerne mehr für das Gemeinwohl tun? Und last, but not least: Wollen wir darüber in einer Wahl entscheiden, die wirklich europäisch ist, mit transnationalen Listen, gemeinsamen Spitzenduos und der Pflicht für alle Parteien, gleich viele Frauen und Männer auf wählbare Plätze zu setzen? Eurovision kann auch eines: für Europa begeistern. Und das braucht Europa mehr denn je.

Michaela Kauer MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel



Dipl.-Ing. Mario Rauch

**Neuer Leiter
und Landes-
feuerwehr-
kommandant
Wien**

Rauch studierte Maschinenbau an der TU Graz, trat 2004 in den Dienst der Stadt Wien und absolvierte bis 2006 die Offiziersausbildung bei der Berufsfeuerwehr Wien. Als Bereitschaftsoffizier fungierte er in der MA 68 als Referatsleiter für Fahrzeug-, Maschinen- und Gerätwesen sowie als stv. Geschäftsgruppenleiter für Feuerwehrtechnik. 2014 wurde er Hauptinspektionsoffizier und höchster Einsatzleiter vor Ort bei Großschadenslagen, Geschäftsgruppenleiter für Feuerwehrtechnik, und prägte die strategische Ausrichtung des gesamten Fuhrparks der MA 68. Rauch vertritt die Stadt Wien bzw. Berufsfeuerwehr Wien auch in zahlreichen nationalen und europäischen Gremien.



Mag.^a Theodora Manolakos

**Neue Leiterin
MA 17 -
Integration und
Diversität**

Die studierte Politologin und Ethnologin war unter anderem beim Institut für Stadtplanung und Strukturpolitik in Berlin und beim Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien tätig, ebenso beim Verein Zeit!Raum. 2008 trat sie als Referentin der MA 17 in den Dienst der Stadt Wien ein. 2018–2020 war Manolakos im Wiener Gesundheitsverbund in der Generaldirektion für die strategische Koordination und Projektleitung für Gender- und Diversitätsmanagement zuständig. 2021 wechselte sie in das Büro der Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ als Referentin für Integration, Diversität, Einwanderung und Menschenrechte.



DI DI Dr.in Susanna Erker

**Neue Leiterin
MA 20 -
Energieplanung**

Die Wienerin absolvierte die Masterstudien „Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur“ und „Umwelt- und Bioressourcenmanagement“ an der Universität für Bodenkultur. Nach einem Verwaltungspraktikum im BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wechselte sie 2011 an die Universität für Bodenkultur, zuerst an das Institut für Produktionswirtschaft und Logistik, dann ans Institut für Raumplanung, Umweltplanung & Bodenordnung. Nach Abschluss des Doktoratsstudiums 2017 startete Erker 2019 im Referat „Erneuerbare Energie und Energieraumplanung“ bei der MA 20 – Energieplanung, dessen Leitung sie seit September 2021 innehatte.



Dr. Günther Smutny

**Neuer Leiter
der Präsidial-
abteilung**

Der Jurist promovierte 1988 an der Johannes-Kepler-Universität, nach dem Gerichtsjahr startete er seine berufliche Laufbahn in einem Notariat in Wien. 1991 trat er im Magistratischen Bezirksamt 13/14 in den Dienst der Stadt Wien ein. 1991 bis 2005 war Smutny in der Verbindungsstelle der Bundesländer tätig, danach wechselte er in die Magistratsdirektion, Gruppe „Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten“, dann in den Stab „MD-Strategie und Kommunikation“. 2011 erfolgte die Ernennung zum Landtagsdirektor von Wien, später übernahm er die Leitung des „Büro-MD in der Magistratsdirektion“. Seit 2022 ist Smutny Landtagsdirektor sowie erster Compliance Officer im Wiener Landtag.

Arbeitswelt sozial & ökologisch umbauen

Wie die Klimakrise abwehren und dabei das Leben der Arbeitnehmer*innen verbessern? Ein Bündnis von Wissenschaft, Arbeiter*innen- und Klimabewegung packt es an.



Gemeinsam adäquate Lösungen erarbeiten und den sozialen & ökologischen Umbau vorantreiben

Hauptsächlich von einem kleinen Teil der Menschheit verursacht, treffen die Folgen des Klimawandels die breite Masse, insbesondere die Schwächsten der Gesellschaft, ungleich stärker. 10 Prozent der reichsten Menschen sind für 52 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, das reichste Prozent verursacht 15 Prozent. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung hingegen verursacht nur 7 Prozent der CO₂-Emissionen, ist aber viel stärker zum Beispiel von Extremwetterereignissen wie Hitze, Dürre und Überschwemmungen betroffen. Auch für Arbeitnehmer*innen, die im Freien arbeiten müssen, wird die zunehmende Hitze immer mehr zur gesundheitlichen Belastung.

Als Gewerkschaft ist es unsere Aufgabe, jeglicher Ungleichheit und Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Wir von der Hauptgruppe 1 haben darum Ende April an der ersten „Akademie für sozialen & ökologischen Umbau“ teilgenommen.

Klimagerecht verändern

Gemeinsam mit mehr als 100 Kolleg*innen aus Österreich und Deutschland aus den Bereichen Wissenschaft, Klimabewegung und Arbeitnehmer:innenvertretung (Gewerkschaften, Betriebsräten und Arbeiterkammer) haben wir die drängenden Probleme diskutiert: Wie kann der soziale und ökologische Umbau in den Bereichen Industrie, Verkehr, Energie, Landwirtschaft und im Gebäudesektor konkret gelingen? Welche

politischen Kooperationen oder grenzüberschreitenden Bündnisse sind notwendig, um gerechte Veränderungen auch durchsetzen zu können?

Drei Tage lang wurden Strategien erarbeitet und ein Werkzeugkoffer entwickelt, um diese Themen in den Betrieben, Organisationen sowie der Zivilgesellschaft vermitteln zu können. Die Teilnehmenden werden nun als Multiplikator*innen das Hintergrundwissen zu den Zusammenhängen weitertragen, denn Begriffe wie Klimawandel, Klimakrise, Klimakleber sind derzeit in aller Munde – spalten aber leider auch unsere Gesellschaft. Oft weil den Betrieben und Mitbürger*innen das notwendige Hintergrundwissen zu den Zusammenhängen fehlt.

Lösungen vorantreiben

Auch wir wollen und werden unseren Beitrag als Vermittler leisten, offene Fragen beantworten, Widersprüche auflösen und mit allen Beteiligten in unseren Bereichen Lösungen erarbeiten. Arbeitsplätze, wo der Klimawandel bereits deutlich spürbar ist, werden wir uns als erstes ansehen und Forderungen mit den Kolleg*innen erarbeiten, um mit der Dienstgeberin in Verhandlung treten zu können.

michael.lewisch@wien.gv.at

Der Klimawandel verschärft Ungleichheit und Benachteiligung.



Michael Lewisch
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung

Auch an Zähnen nagt der Zahn der Zeit

Zähne sind das Widerstandsfähigste unseres Körper. Sie leisten wichtige Dienste beim Essen, Sprechen, in der sozialen Interaktion, müssen mit Zuckerexzessen und Zähneknirschen fertig werden.



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

Selten denken wir an die Höchstleistungen, die ein funktionierendes Gebiss täglich erbringt, und werden erst auf unsere Zähne aufmerksam, wenn etwas nicht mehr stimmt. Unserem Auto gönnen wir regelmäßige Besuche in der Werkstatt, um Schäden rechtzeitig zu erkennen. Aus Erfahrung wissen wir, dass eine Vernachlässigung teure Folgen hat. Nicht anders ist es bei den Zähnen. Zu den Kosten kommen hier aber oft auch gesundheitliche Folgeschäden dazu. Die Zeit für einen kurzen Check beim Zahnarzt ist also gut investiert, am besten zweimal im Jahr. Nur

so können Probleme rechtzeitig erkannt und behoben werden, noch bevor sie große Auswirkungen haben.

Alles unter einem Dach

In unserem Zahninstitut mitten im Herzen des neunten Bezirks finden Sie alles rund um die Gesundheit Ihrer Zähne unter einem Dach. Die Erfahrung und Routine unseres großen Teams ermöglichen es uns, alle Spezialdisziplinen der Zahnheilkunde auf höchstem Niveau anzubieten. Wir nehmen uns die Zeit, nach einer sorgfältigen Diagnostik zusammen mit Ihnen einen persön-

lichen Therapieplan festzulegen. Wir kümmern uns auch um die Koordination der Fachbereiche und Behandlungstermine. Die hausinterne zahntechnische Abteilung macht es uns möglich, schnell und individuell auf Ihre Wünsche zu reagieren.

Zahnerhaltende Maßnahmen, abnehmbarer und festsitzender Zahnersatz, chirurgische Eingriffe inklusive Zahnimplantate und Knochenaufbauten zählen ebenso zu unserem Standardangebot wie kieferorthopädische Zahnregulierungen.

Zahnfleischerkrankungen

Unser Zahnambulatorium Simmering haben wir in den letzten Jahren schrittweise zu einem Schwerpunktzentrum für Zahnfleischerkrankungen ausgebaut. Dort kümmert sich ein hochspezialisiertes Team vorrangig um entzündliche Erkrankungen von Zahnfleisch und Zahnhalteapparat. Unbehandelt führt Parodontitis zu Zahnverlust und Schädigung anderer Organsysteme. Damit es erst gar nicht soweit kommt, legen wir besonderes Augenmerk auf Vorsorge, Früherkennung und rechtzeitige Behandlung. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die regelmäßige Entfernung von Zahnbelägen, die wir Ihnen an beiden Standorten als Vorsorgeservice anbieten.

Prim. Priv.-Doz. DDR.
Christian Schopper



BILD: © CHRISTOF WAGNER/SANATORIUM HERA

Zahn-, Mund-, Kieferheilkunde Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie

1090 Wien, Löblichgasse 10

Terminvereinbarung: +43 1 31 350-45280

Ambulanzzeiten: Mo-Do 07.00-18.30 Uhr, Fr 07.00-18.00 Uhr

Zahnambulatorium Simmering - Spezialambulanz Parodontologie

1110 Wien, Enkplatz 2

Terminvereinbarung: +43 1 31 350-45843

Ambulanzzeiten: Mo-Do 07.00-18.30 Uhr, Fr 07.00-18.00 Uhr

Gesünder leben – der Weg zum Wohlfühlgewicht

Übergewicht steigert das Risiko, ernsthaft zu erkranken. Professionelle Unterstützung hilft, ungesunde Gewohnheiten aufzuspüren und erfolgreich zu verändern.



Ein Zusatzangebot der BGF Medizin stellt die medikamentöse Therapie bei Adipositas dar. Dieses Angebot kann unter bestimmten Voraussetzungen ab einem Body-Mass-Index (BMI) von 27 kg/m² in Anspruch genommen werden. Bei Interesse prüfen die Mediziner*innen vorab, ob eine medikamentöse Therapie möglich ist.



Hermannngasse 24-26
1070 Wien
T +43 1 4000-45693

3,7 Millionen der über 15-Jährigen in Österreich sind übergewichtig, und ca. 17 Prozent von ihnen leiden bereits an Adipositas, belegen die Angaben der Statistik Austria. Auslöser sind der Lebensstil, aber auch hormonelle, umweltbedingte und genetische Faktoren. Adipositas belastet den gesamten Körper und steht mit mehr als 50 Gesundheitsproblemen in Zusammenhang. Die häufigsten Folgen sind Zuckerkrankheit, Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems und des Bewegungsapparats, Krebs sowie psychologische Erkrankungen.

Bewegungsgewohnheiten

Das oberste Ziel einer Behandlung bei Übergewicht und Adipositas ist die Änderung des Lebensstils. Dazu zählen vor allem das Ess- und Bewegungsverhalten. Es ist allerdings nicht leicht, langjährige Gewohnheiten zu ver-

ändern oder gar aufzugeben. Daher braucht es einen fächerübergreifenden Ansatz, um erfolgreich und nachhaltig Gewicht zu reduzieren und zu halten. Das Team der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) hat ein Programm entworfen, das genau diesem Ansatz folgt. Ärzt*innen, Psycholog*innen sowie Expert*innen aus den Bereichen Ernährung und Bewegung arbeiten eng zusammen, um die Teilnehmer*innen auf ihrem Weg zu einer Veränderung des Lebensstils zu begleiten.

Ärztliche Unterstützung

Die Kosten für das Medikament müssen selbst übernommen werden, Beratung und Begleitung durch unsere BGF-Ärzt*innen sind kostenlos. Unter Medikation ist eine Abnahme von 10–15 Prozent des Gewichts möglich – die Basis einer medikamentösen Therapie zur Gewichtsabnahme bleibt allerdings immer eine Veränderung des Lebensstils.

Ab September 2023 steht Ihnen unser Team im Rahmen des Programms „Gesünder leben – Mein Weg zum Wohlfühlgewicht“ mit ca. 30 Online- und Präsenzterminen zur Seite. Alle Präsenzeinheiten finden in der Muthgasse, 1190 Wien, statt.

Dr.ⁱⁿ Lisbeth Kapun

BGF-Programm: „Gesünder Leben – Mein Weg zum Wohlfühlgewicht“

Beginn: September 2023 (nach vorheriger Laboruntersuchung, Messung der Körperzusammensetzung und ärztlichem Gespräch)

Ende: Juni 2024

Umfang: rund 30 Termine (online und in Präsenz)

Anmeldung: bgf.organisation@amz-kfawien.at



BILD: © DAVID BOHMANN

Willkommen im Team - Magistratsdirektor Dietmar Griebler begrüßt Milena Krcobic am ersten Arbeitstag

Von der Raumpflege ins Vorzimmer vom Chef

Wien ist die Stadt der Chancen und bietet vielen ein Sprungbrett. Auch im Wiener Magistrat öffnen sich viele Türen durch Engagement und Zielstrebigkeit – sogar bis in die Chefetage.

Die schönsten Geschichten schreibt das Leben – so auch diese, die von einer Raumpflegerin aus Serbien handelt, die im Alter von 15 Jahren ihren Vater verloren hat, sich in den Bus nach Wien setzte und hier ein neues Leben aufgebaut hat. Heute sitzt sie im Vorzimmer von Magistratsdirektor Dietmar Griebler.

Kein leichtes Schicksal

Als Milena Krcobic vor 17 Jahren am Geburtstag ihres verstorbenen Vaters von Serbien nach Ös-

terreich kam, hatte sie keine Vorstellung davon, wie sich ihr Leben entwickeln würde. Aufgewachsen in der serbischen Kleinstadt Kladova, 250 km östlich von Belgrad an der rumänischen Grenze gelegen, war nur eines für sie wichtig: Sie wollte es schaffen und sich eine eigene Existenz aufbauen. In Wien jobbte sie zuerst in einem Restaurant, dann vier Jahre für eine Reinigungsfirma. 2013 bekam sie das Angebot einer Halbtagsanstellung im Rathaus als Mitarbeiterin der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement. Sie nahm sofort an, weil es aber finanziell nicht ausreichte, jobbte sie eineinhalb Jahre halbtags in der alten Firma weiter.

Milena Krcobic war „richtig stolz drauf, im Rathaus“ zu arbeiten – „es ist ja das wichtigste Haus für Wien, dort fallen alle Entscheidungen“. Engagiert und fleißig arbeitet sie sich hinauf und läuft nach drei Jahren in einem der größten Rathaus-Reinigungsrayons als Zweite halbtags mit. Den Zweit-Job hat sie dann trotz finanzieller Einbußen aufgegeben. Das Rathaus war ihr wichtiger, aber auch ein sicherer Arbeitsplatz.

Die Freundliche mit dem effizienten Arbeitstakt

Die Teamplayerin wird allseits geschätzt für ihre genaue, effiziente Arbeitsweise und Freundlichkeit.

„Wien ist die Stadt der Chancen – wer will, ergreift sie.“

Vor drei Jahren übernahm sie das 2er-Team im Rayon, zuständig für die Büros der Kulturstadträtin, des Landtagspräsidenten und des Magistratsdirektors. Endlich bekommt sie eine Ganztagsstelle, ist glücklich und macht ihrem Namen alle Ehre, der übersetzt „die Freundliche“ bedeutet. Mit ihrer dezenten, stets hilfsbereiten Art, ihrem perfekten Arbeitstakt und ihrem Interesse an den Menschen in den Büros ist sie überall gerne gesehen und unterstützt, wo sie kann.

Als sie mehrere Wochen ausfällt, machen sich viele Sorgen. Denn seit Jahren hat Milena Krcobic Probleme mit den Beinen, immer stärkere Schmerzen, letztendlich unterzieht sie sich „mit viel Angst“ einer Operation. Sie übersteht den Eingriff gut, kann sich aber lange nicht richtig bewegen. „Das war furchtbar für mich“, herumliegen und stillhalten ist für die ehrgeizige Mittfünfzigerin, die sprichwörtlich Pfeffer in der Motorik hat, hart. Als sie endlich wieder in ihr geliebtes Rathaus zurückkehrt, erfährt sie, dass ein Amtsgewisse „beim Herrn Direktor“ im Büro weggehen wird und fragt vorsichtig, ob sie sich auch für diesen Posten bewerben könne – beim „Herrn Direktor“ Dietmar Griebler.

Personalvertreterin erkennt Potenzial

Sie wendet sich an die Kanzleileitung, die sich auch als Personalvertreterin engagiert: Sabine Sykora, seit ihrer Lehrzeit 1985 bei der Stadt Wien in der Magistratsdirektion tätig. Sykora hat schon viele Kolleg*innen kennen und gehen gesehen und ein gutes Gespür für Potenzial. „Grundvoraussetzung, um bei uns den Fuß in die Tür zu bekommen, ist, dass man ins Team passt“, sagt sie. „Milena hat sich mit allen verstanden, war hilfsbereit, pflichtbewusst, fleißig, freundlich – da war es für mich keine Frage, dass ich sie er-

muntere.“ Nachsatz: „Und sie ist eine Frau – auch das ist mir wichtig.“ Denn speziell im Bereich Reinigungspersonal haben Frauen eher begrenzte Aufstiegschancen. Menschen mit Potenzial seien Lichtblicke, betont Sykora, und angesichts der allgemeinen Personalnot doppelt gefragt. Milena wird darum dem Magistratsdirektor als Verstärkung seines Amtsgewisse-Teams vorgeschlagen.

Kein Problem für den Chef

Prompt kommt von Mag. Griebler ein „kein Problem, wenn die Leistung stimmt und wenn man ins Team passt, kommt man bei uns überall hin“. Denn in der Magistratsdirektion ist es nicht das erste Mal, dass jemand eine besondere



Kanzleileiterin und Personalvertreterin Sabine Sykora freut sich über die neue Verstärkung

Chance nutzt: Christian Terkl war zuerst Hausarbeiter im Rathaus, ebenfalls bei der MA 34, bevor er sich für den Job als Amtsgewisse beim Magistratsdirektor bewarb. Inzwischen ist Terkl schon seit acht Jahren im Team und würde nie mehr tauschen wollen – „beruflich passt's perfekt“, sagt er. Der Mittvierziger freut sich auf die Zusammenarbeit mit Milena Krcobic, hilft ihr in der Einschulungsphase und ist überzeugt: „Sie wird das alles mit links machen.“ Kanzleileiterin Sykora sieht das genauso.



ALLE BILDER © DAVID BOHMANN

Milena Krcobic neuer Arbeitsplatz im Empfangsbereich des Büros des Wiener Magistratsdirektors

Milena Krcobic ist am Ziel und fest entschlossen: Für den „Herrn Direktor“ will sie noch perfekter sein. Seit dem 1. Mai hat sie die Putzhandschuhe beiseite gelegt und geht in ihrem neuen Job als Amtsgewisse auf. Vor 17 Jahren hätte sie sich nicht träumen lassen, dass sie „mit dem Herrn Direktor und all den Kolleg*innen“ im Rathaus arbeiten könnte. „So eine Chance ist doch wie aus dem Bilderbuch oder wie in Amerika“, findet sie und schüttelt ein bisschen ungläubig den Kopf. „Nein, Wien ist die Stadt der Chancen – wer will, ergreift sie“, sagen ihre Kolleg*innen aus dem Büro.

Andrea Leitner

Auch das Service beim Terminwechsel „vom Herrn Direktor“ gehört zu den neuen Aufgaben, Christian Terkl steht Krcobic dabei mit Rat und Tat zur Seite



Sozialminister, Gewerkschafter, links & progressiv

Alfred Dallinger

Als Sohn eines Straßenbahners und einer Betriebsrätin wurde Alfred Dallinger am 7. November 1926 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule absolvierte er ab 1940 in den Wiener Heilmittelwerken eine Drogistenlehre, dem ersten gemeinwirtschaftlichen Betrieb der Ersten Republik. Der sozialistisch geprägte Betrieb leistete nach dem „Anschluss“ Widerstand gegen die Nazis. 1943 kam es zu Verhaftungen von im Betrieb beschäftigten Sozialisten.

Dallinger wurde von den Nazis dreimal vorgeladen und verurteilt. Infolge des Kriegs war Dallingers Lehrzeit schon 1943 beendet, noch im selben Jahr wurde er zum Wehrdienst einberufen. 1944 erlitt er eine schwere Verwundung und konnte seine Tätigkeit bei der Heilmittelstelle erst im Dezember 1945 wieder aufnehmen. Dort sammelte er erste gewerkschaftliche Erfahrungen als Jugendvertrauensmann und trat der SPÖ bei.

1948 wurde er Jugendsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Prägend für ihn war die Mitarbeit unter Josef Hindels, der damals Schulungs- und Bildungssekretär der GPA war. Dallinger machte in der Gewerkschaft Karriere: 1966 wurde er Zentralsekretär der GPA, 1974 deren Obmann. Im selben Jahr zog er auch in den Nationalrat ein, dem er bis 1983 angehörte. 1975 wurde Dallinger dann in das Präsidium des ÖGB berufen.



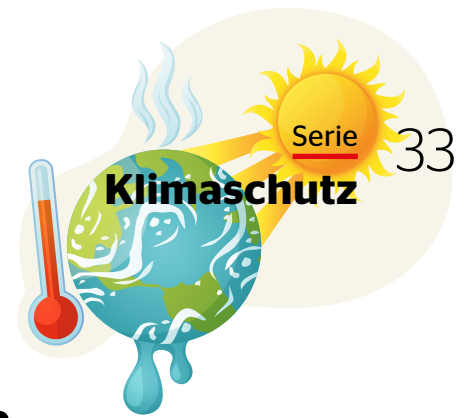
„In Dallinger war die Ungeduld eines heißen Herzens verbunden mit dem Sinn für das Mögliche und Machbare.“
(Manfred Scheuch, früherer Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung)

Unter Bruno Kreisky wurde Dallinger 1980 Sozialminister. Dieses Amt bekleidete er auch unter den Kanzlern Fred Sinowatz und Franz Vranitzky. Den Vorsitz in der GPA legte er während seiner Zeit als Minister nicht zurück, was ihm Kritik einbrachte. Unter seinem Vorsitz wurde die Gewerkschaft der Privatangestellten jene Teilgewerkschaft mit den meisten Mitgliedern (350.000).

Als Sozialpolitiker machte sich Dallinger rasch durch seine zukunftsorientierten Forderungen einen Namen: etwa nach der 35-Stunden-Woche und einer Wertschöpfungsabgabe, von deren Kritikern „Maschinensteuer“ genannt. In der Verkürzung der Jahresarbeitszeit sah er einen Beitrag zur Vollbeschäftigung.

Das Image, das er der GPA verlieh, war links, progressiv und umverteilungsorientiert. Stets trat Dallinger als harter Verhandler auf und reizte die Sozialpartnerschaft aus, so wie kein anderer Politiker seiner Zeit. Sein tragischer Tod am 23. Februar 1989 war ein furchtbarer Schlag für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Er verunglückte bei einem Flugzugabsturz über dem Bodensee. Der Alfred-Dallinger-Platz im 3. Bezirk wurde nach ihm benannt.

Nur wer den Mut hat zu träumen, hat die Kraft zu kämpfen.



Cooler Zonen für heiße Tage

Die Sommer werden immer heißer. Mit entsprechenden Maßnahmen schützt die Stadt Wien die Bevölkerung vor den Auswirkungen extremer Hitze.

Die Anzahl der Tage mit Temperaturen über 30 Grad hat sich in Wien in den letzten Jahrzehnten mehr als verdoppelt. Für manche kann diese Hitze lebensbedrohlich werden. Mittlerweile sterben mehr Menschen an den Folgen extremer Hitze als im Straßenverkehr. Besonders für vulnerable Gruppen – von Armut betroffene, ältere und gesundheitlich vorbelastete Personen – ist Schutz vor der Hitze wichtig.

Schutz vor der Hitze ist Klimagerechtigkeit

Hitze bedeutet Stress für den Körper und kann vor allem für ältere und kranke Menschen, Schwangere und Kleinkinder zu einer enormen gesundheitlichen Belastung werden. Für Wiens Klimadirektor Andreas Januskovecz ist der Schutz vor der sommerlichen Hitze eine soziale Frage: „Alle Menschen in Wien sollen den Sommer gut überstehen. Besonders

Personen in beengten Wohnverhältnissen brauchen Orte, an denen sie sich von der Hitze erholen können – auch das ist Klimagerechtigkeit.“

Reinkommen und abkühlen

Die Stadt Wien startet diesen Sommer in zwei Bezirken das Pilotprojekt „Cooler Zonen“: Am Volkertplatz 13, 1020 Wien, gibt es ab Juli, in der barrierefreien Greiseneckergasse 5, 1200 Wien, seit Anfang Juni frei zugängliche Räume, deren Temperatur dauerhaft angenehme 20 bis 24 Grad hat.

Die ersten „Coolen Zonen“ Wiens werden im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms „WieNeu+“ umgesetzt. Das Programm hat das Ziel, Grätzl klimafit und zukunftsfit zu machen. Elia Stefan, Projektleiterin der „Coolen Zonen“, betont: „Klima- und zukunftsfit bedeutet, sich mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, die der Klimawandel bringt. In den Straßen Wiens spüren wir die steigenden Temperaturen besonders stark. Angebote wie die ‚Coolen Zonen‘ können Leben retten.“

In den „Coolen Zonen“ gibt es täglich von 12 bis 20 Uhr Ruhezeiten zum Erholen, sie sind auch soziale Treffpunkte, wo generationenübergreifend geplaudert und gespielt werden kann. Die Räume bieten neben Tipps zum Schutz vor der Hitze auch Zeitschriften, kühle Getränke und WLAN für Besucher*innen in jedem Alter. Damit die Erholung gesichert ist, wird die Nutzungsdauer bei starkem Andrang beschränkt. Eine verpflichtend einzuhaltende Hausordnung sorgt für ein gutes Miteinander. Ist das Pilotprojekt „Cooler Zonen“ erfolgreich, soll im Laufe der nächsten Jahre ein Netz an gekühlten Orten entstehen, die Wiener*innen ohne Konsumzwang von Juni bis August offenstehen. Mehr Infos zu den „Coolen Zonen“ gibt es auf wieneuplus.wien.gv.at.

post@klima2040.wien.gv.at

**Ungetrübte Vorfreude auf die
Ferienzeit: „Cooler Zonen“ gegen
die Hitze in der Stadt!**



Klassische Karriere, hohes Gehalt oder Status
ist dem Nachwuchs nicht so wichtig.

Was will die Generation „Z“?

Nichts ist mehr wie es einmal war. Wer hätte vor drei Jahren mit derartigen Veränderungen gerechnet, die jeden Einzelnen von uns mehr oder weniger betroffen haben und noch immer nachwirken. Wir leben tatsächlich in bewegten und unberechenbaren Zeiten, wenig Sicherheit, viel Verunsicherung, wenig Planbares, Verlässliches. Von den Corona-Folgen über die Klimakrise bis zum Krieg in Europa mit all seinen Auswirkungen, von der Inflation bis zur Energiemangel, die wir alle zu spüren bekommen. In solchen Zeiten wird gerade die vielzitierte Generation „Z“ erwachsen. Jene Menschen also, die ab 1995 geboren wurden.

Wenn die Zukunft unsicher ist, besinnt man sich eher auf die Gegenwart. Und genau das tun diese jungen Menschen – sie versuchen, bewusst zu leben. Dazu gehören die eigene Gesundheit, die Umwelt, aber auch das Verhältnis zu Arbeit und Freizeit, die sogenannte Work-Life-Balance. Ein Begriff, der zwar schon in den 80ern des vorigen Jahrhunderts erfunden wurde, aber heutzutage aktueller ist denn je.

Bewusster Leben bedeutet für die Generation „Z“, schonend mit den eigenen Ressourcen umzugehen. Genug Zeit für die angenehmen Dinge des Lebens zu haben, nicht die Freizeit der Arbeit unterzuord-



BILD © PHILIPPSCHUSTER / HGT

**Miteinander und
nicht Gegeneinander
ist das Wichtigste!**

nen. Denn Zeit hat für sie ganz generell einen höheren Wert, wird kostbarer. Die junge Generation trachtet danach, über so viel FREIZEIT wie möglich zu verfügen. Selbst wenn diese freie Zeit dann oft durchstrukturiert und verplant zu sein scheint, suggeriert dieser Begriff doch einen gewissen Handlungsspielraum der individuellen Planbarkeit, Flexibilität und Spontanität.

Auch in der Arbeitswelt wird nun immer öfter die Mitgestaltung von Arbeitsbedingungen erwartet und gefordert,

zum Beispiel die Einflussnahme auf die Arbeitszeit. Teilzeit wird zur neuen Normalität, die 4-Tage-Woche zur neuen Vollzeit. Für viele ältere Arbeitnehmer sind das meist sehr fremde und teilweise unverständliche Ansätze, die bisherigen Wertvorstellungen vielleicht widersprechen.

Doch der allgegenwärtige Arbeitskräftemangel bringt es mit sich, dass sich die Arbeitgeberseite, aber auch die Gewerkschaft mit diesen Forderungen wohl oder übel auseinandersetzen werden müssen. In einem Dialogprozess mit der jungen Generation sollten die neuen Anforderungen erarbeitet werden, die die Arbeitsrealitäten des 21. Jahrhunderts widerspiegeln.

felix.steiner@fsg-hgt.at



AUF DIE PLÄTZE!

KSV TENNISCAMPS FÜR KINDER & JUGENDLICHE

Unsere betreuten Jugendcamps haben mittlerweile als ideales Sommerferienprogramm für alle tennisbegeisterten Kinder Tradition: Sport, eine gesunde Menge Bewegungsminuten, Technik-Training und viel Spaß für Anfänger*innen & Fortgeschrittene. Dank der großen Nachfrage weiten wir das Angebot 2023 auf fünf Termine aus.

Termine im Sommer 2023

24.07. bis 28.07.2023	21.08. bis 25.08.2023
31.07. bis 04.08.2023	28.08. bis 01.09.2023
07.08. bis 11.08.2023	

Top-Angebot pro Kind (5 bis 13 Jahre) und Woche:

€ 150,- für younion Mitglieder
€ 190,- für Gewerkschaftsmitglieder (ÖGB)
€ 230,- für Nicht-Mitglieder

Sichern Sie Ihrem Kind gleich einen Platz!

Für Mitglieder der younion öffnen wir das Buchungsfenster ab sofort.
Ab 31.3.2023 ist die Anmeldung für alle tennisbegeisterten Kinder offen.

Details zum Programm und Anmeldung unter www.ksv-wien.at/jugendcamps

**JETZT
ANMELDEN!**

Per Online-Formular
auf unserer Webseite.

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Die Kanzlerreise in die Vergangenheit
- 05 **Leitartikel**
Wiener Weg: Stark durch Zusammenhalt!

Hauptgruppe 1

- 14 **Wiener Wohnen**
Kraftakt Dekarbonisierung
- 15 **MA 11**
Ohne Kanzleikolleg*innen geht gar nichts

Gewerkschaft

- 21 **Frauen**
Unsere Regierung ist nicht familienfreundlich!
- 22 **Behinderung**
„Frühpension - krankheits- halber ...“
- 23 **Jugend**
Lehrlinge - Mitgestalter der eigenen Zukunft

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Auch an Zähnen nagt der Zahn der Zeit
- 29 **Arbeitsmedizinisches Zentrum**
Gesünder leben - der Weg zum Wohlfühlgewicht
- 33 **Klimaschutz**
Coole Zonen für heiße Tage
- 34 **Meinung**
Was will die Generation „Z“?



10

AK-Chiefökonom Markus Marterbauer: Können wir uns die Reichen eigentlich leisten?

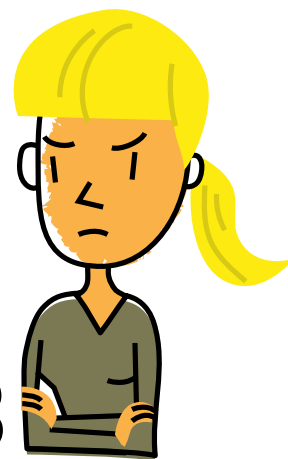
BILD © MICHAELA BRUCKBERGER/HG 1



30

Reportage: Von der Raumpflege ins Vorzimmer vom Chef

BILD © DAVID BOHANN/HG 1



13

Querraunzerin - Gefährliche Heimattümelei

teamwork

youunion - HG 1, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, 1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S